

Textilarbeiter-Zeitung

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Verbandsmitglieder erhalten die Zeitung unentgeltlich. Bestellungen durch die Post für das Vierteljahr 3 Mark.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Verlag: E. M. Schiffer, Düsseldorf, Cavalleriestraße 22. Druck und Versand Joh. van Aken, Crefeld, Luth. Kirchstraße Nr. 63-65. Fernruf: 1358.

Schriftleiter: Anton Heutmann, Düsseldorf, Cavalleriestr. 22. Fernruf 4423. Telegr.: Textilverband Düsseldorf.

Gemeinden und Wohnungswesen.

Dem Reiche und den Einzelstaaten fallen bei der Lösung der Wohnungsfrage bedeutungsvolle Aufgaben zu. Wenigstens könnten diese beiden Faktoren auf wohnungsreformatorischem Gebiete in außerordentlich segensreicher Weise mitwirken. Nun ist in den letzten Jahren auch manches geschehen, indem Geldmittel zur Verfügung gestellt, Bürgschaften für Darlehen übernommen und auch kleinere gesetzgeberische Maßnahmen getroffen wurden, die auf die Verbesserung des Wohnungswesens immerhin einigen Einfluß ausüben. Trotzdem aber kann von einer großzügigen Wohnungspolitik dieser Faktoren nicht geredet werden. Es hat den Anschein, als ob keiner von den beiden zuerst an die Lösung der schwierigen Aufgaben, die ihrer auf dem Gebiete des Wohnungswesens harren, herantreten wollte. Soweit z. B. eine reichsgesetzliche Regelung in Frage kommt, versagt das Reich vollständig, und in den Einzelstaaten kann man auch nicht zu durchgreifenden, gesetzlichen Maßnahmen kommen.

Da fallen dann den Gemeinden um so größere Aufgaben zu. Leider sind es nur erst wenige Gemeinden, die die großen Aufgaben erkannt haben, die auf dem Gebiete des Wohnungswesens ihrer warten. Der weitaus größte Teil versagt fast vollständig. Teils deshalb, weil eine unszialdenkende Verwaltung an der Spitze steht, teils aber auch deshalb, weil eine reaktionäre und kurzfristige Gemeinderatsmehrheit eine gesunde Wohnungsreform unmöglich macht. Sie befürchtet von einem fortschrittlichen Arbeiten auf wohnungsreformatorischem Gebiete eine Schädigung „des soliden Mittelstandes“, der privaten Haus- und Grundbesitzer. Diese allzu weitgehende Rücksichtnahme ist im Interesse der Gemeinden selbst sehr zu bedauern.

Wie können nun die Gemeinden für eine Besserung auf dem Gebiete des Wohnungswesens Sorge tragen? Die Gemeinden könnten hier gar mancherlei kleine, aber auch großzügige Mittel zur Anwendung bringen. Zunächst gehört zu den bedeutungsvollsten Aufgaben der Gemeinden eine großzügige Bodenpolitik. Die Gemeinden müssen frühzeitig und unter der Hand genügend Grund und Boden aufkaufen, den sie später als Baugelände an gemeinnützige Bauvereine oder an Einzelpersonen zum Bau von kleinen Erwerbshäusern zu billigen Preisen abgeben. Dabei ist natürlich Vorsorge zu treffen, daß jegliche Spekulation dauernd unmöglich gemacht wird. Leider gibt es heute noch Gemeinden, die das gerade Gegenteil besorgen, indem sie Gemeindegrundstücke an private Spekulanten zu Spottpreisen abgeben oder die mit ihrem eigenen Grundbesitz spekulieren. Später sind sie dann nicht mehr in der Lage, eine vernünftige Wohnungspolitik zu betreiben. Darum müssen die Gemeinden sich beizeiten genügend Baugelände sichern. Überall, wo eine Gemeindeverwaltung sich in diesem Sinne betätigt, da verdient sie reichhaltige Unterstützung durch unsere Vertreter in den Stadt- bzw. Gemeindeverordnetenkollegien.

Die frühzeitige Aufstellung eines Bauungsplanes durch die Gemeinde gehört ebenfalls zu einer großzügigen Wohnungspolitik. Daß hierbei nicht rein schematisch mit dem Winkelmaß verfahren werden darf, liegt klar auf der Hand. Der Bauungsplan muß sich vor allem dem Gelände in geschickter Weise anpassen und darf kein langweiliges und unschönes Stadtbild entstehen lassen.

Von außerordentlich großer Bedeutung für die Förderung des Wohnungswesens ist der Erlass vernünftiger Bauordnungen. Für Landgemeinden werden die Bauordnungen seitens der Regierung erlassen, nicht aber für die Städte. Diese schaffen sich ihre Bauordnungen selbst. Nun sind heute leider in vielen Städten noch total veraltete Bauordnungen in Kraft, die an den Bauherrn übertriebene Anforderungen stellen, namentlich soweit Feuersicherheit, Standfestigkeit und Lage der Wohnräume, Breite der Straße usw. inbetracht kommen. Hier müssen die Städte ein weit größeres Entgegenkommen zeigen und nicht durch Anwendung

veralteter Bestimmungen den kleinen Leuten das Bauen fast unmöglich machen oder es ihnen doch wesentlich erschweren. Zu wünschen wäre ja eine allgemeine Regelung der Bauordnungen durch Reichs- oder wenigstens durch Landesgesetz. Jedoch ist daran vorläufig nicht zu denken.

Nicht minder bedeutungsvoll ist die Mitwirkung der Gemeinden bei der Kapitalbeschaffung, die ja immer größeren Schwierigkeiten begegnet. Die große Geldknappheit, worüber wir in den letzten Jahren zu klagen haben, sowie der hohe Zinsfuß und die hohen Provisionsgebühren, die gezahlt werden müssen, machen es den kleinen Leuten, namentlich den Arbeitern, direkt unmöglich zu bauen, selbst dann, wenn sie einen Sparpfennig zurückgelegt haben. Dazu kommt, daß die eigentlichen Geldgeber für den Wohnungsbau, die Hypothekenbanken und die kommunalen Sparkassen, nur bis zur mündelstehen Grenze (50 Prozent des Wertes) beleihen. Damit ist aber dem Arbeiter nicht gedient, zumal die Beschaffung zweiter Hypotheken mit so außerordentlich großen Schwierigkeiten verbunden ist. Da können die Gemeinden in mehrfacher Weise helfen. Zunächst können sie für gemeinnützige Baugenossenschaften oder auch für Einzelpersonen, die Kleinhäuser bauen und das Darlehen von der Landesversicherungsanstalt erhalten, die Bürgschaft übernehmen. Ein Risiko ist damit keineswegs verbunden. Wenigstens ist es bis jetzt nicht bekannt geworden, daß eine Gemeinde dadurch zu Schaden gekommen sei. Die Gemeinden können aber auch selbst Hypothekenfonds schaffen, um gemeinnützigen Bauvereinen oder Einzelpersonen Baudarlehen zu gewähren.

Besonders empfehlenswert ist diese Maßnahme zur Beschaffung zweitstelliger Hypotheken. Einzelne Städte haben damit ganz gute Erfahrungen gemacht. Erfreulich ist es, daß im letzten Jahre doch eine Anzahl Städte solche Hypothekenfonds speziell für zweitstellige Hypotheken errichtet hat. Das Wohnungswesen erfährt dadurch eine ganz wesentliche Förderung. Es kommt hinzu, die Errichtung von Kleinhäusern durch die Gemeinden, die dann nach Fertigstellung gegen Zahlung eines Vorzuschusses in Höhe von 10 bis 15 Prozent in den Besitz von Kaufanwärtern übergehen. Es wäre wirklich wünschenswert, wenn dieser Weg weit mehr von den Gemeinden eingeschlagen würde. Dadurch wird manch einem die Beschaffung eines Eigenheims ermöglicht, der sonst gar nicht daran denken könnte. Dadurch, daß eine Gemeinde eine größere Anzahl solcher Häuser bauen läßt, kann zweifellos eine wesentliche Verbilligung der Baukosten erzielt werden. Auch kann auf diese Weise den ästhetischen Anforderungen besser entsprochen werden. Namentlich werden die Gemeinden dazu übergehen müssen, für kinderreiche Familien besondere Wohnungen, seien es nun Erwerbs- oder Mietshäuser, zu errichten. Unter der großen Wohnungsnot, die augenblicklich in allen größeren Städten herrscht, haben in erster Linie die kinderreichen Familien zu leiden. Kein privater Hausbesitzer will sie aufnehmen. Lieber lassen die Hausbesitzer ihre Wohnung monatelang leerstehen. Da ist es für die Städte geradezu ein Gebot der Notwendigkeit geworden, für solche kinderreichen Familien besondere Wohnungen zu errichten, um der Gefahr entzogen zu werden, sie am Quartalsersten in Armenhäusern, Obdachlosenanstalten und alten Gefängnissen unterbringen zu müssen.

Wo aber die Gemeinden das Risiko, das der Eigenhausbau immerhin mit sich bringt, nicht übernehmen wollen, da sollen sie wenigstens die Bestrebungen der gemeinnützigen Baugenossenschaften unterstützen. Das ist leider noch lange nicht überall der Fall. Mancherorts macht man ihnen sogar recht erhebliche Schwierigkeiten. Vielfach läßt man sich noch zu sehr von Rücksichten auf den privaten Hausbesitzer und Hausbauunternehmer leiten, und um einzelne nicht zu schädigen, sieht man ruhig zu, wie eine recht große Zahl von Menschen unter schlechten Wohnungsverhältnissen gesundheitlich und sittlich zu Schaden kommt. Die Unterstützung

der gemeinnützigen Bauvereine und -Genossenschaften seitens der Gemeinden ist ein Gebot der Zeit und liegt ebenso im Interesse der Gemeinden als der minderbemittelten Volkskreise, weil ja die Beschaffung guter und gesunder Wohnungen auch einen großen erzieherischen Einfluß ausübt.

Zur Förderung des Wohnungswesens dienen aber auch steuerliche Erleichterungen, Erlass oder wenigstens Herabsetzung der Straßenausbauforderungen, sowie der Kanalkationsgebühren. Manche Gemeinden suchen hier Erleichterung zu schaffen durch Bildung besonderer Fonds, aus denen minderbemittelten Personen, die bauen, das erforderliche Darlehen zur Befreiung der Straßenausbauforderungen und Kanalkationsgebühren gewährt werden.

Eine gesunde Wohnungspolitik ist heute ohne eine gute Verkehrspolitik kaum denkbar. Das gilt ganz besonders für die großen Städte. Hier ist es unmöglich, im Stadtimern Kleinwohnungen zu errichten, weil die Preise für den Grund und Boden vielfach eine abnorme Höhe erreicht haben. Städte und gemeinnützige Baugenossenschaften sind darum gezwungen, draußen vor den Toren der Stadt Häuser zu errichten. Auch fordern es die finanziellen Rücksichten vom Arbeiter, daß er sich immer mehr draußen ansiedelt, weil hier die Wohn- und Lebensbedingungen manchmal billiger sind, als im Stadtimern. Hier muß dann die Stadt durch eine gute Verkehrspolitik den Leuten die Möglichkeit bieten, schnell und billig nach dem Stadtimern, bzw. nach der Arbeitsstätte zu gelangen durch Ausbau der Verkehrsmittel, wie elektrische Straßenbahnen und durch Verbilligung des Fahrpreises. Vorbildlich ist hier wohl die Stadt Neuß zu Werke gegangen, indem sie den Arbeitern die Möglichkeit bietet, für 10 Pfg. zweimal zur Arbeitsstätte und wieder zurück zu gelangen. Auch Düsseldorf hatte billige Arbeiterkarten für die Straßenbahn.

So können die Gemeinden auf alle mögliche Weise an einer gesunden Wohnungsreform mitwirken. Es muß nur der gute Wille dazu vorhanden sein. Unsere Kollegen ersehen aber auch daraus, von welcher außerordentlich großen Bedeutung die Kommunalpolitik für den Arbeiterstand ist, und welch großes Interesse die Arbeiter daran haben, daß in den einzelnen Gemeindefollegien tüchtige, weitblickende und sozialdenkende Männer tätig sind.

Vom Leben und Leiden der Arbeiterfrauen.

I.

(Vergl. den Artikel in Nr. 19: Arbeiterfrauen der Gegenwart.)

„Gehet die Frauen, sie flechten und weben himmlische Rosen ins irdische Leben.“

Doppelte Ehre denjenigen Frauen, deren Sehnen, Rosen ins Leben ihrer Angehörigen zu flechten, leider nicht gefüllt wird, die selbst vom Rosenstod des Erdenlebens nur die Dornen zu spüren bekommen. Und wo gibt es solche Frauen? Zu Tausenden und Abertausenden leben sie in den Mietwohnungen und Werkshäusern der modernen Industriestädte ein wenig beneidenswertes Leben. Unsere Arbeiterfrauen der angeblich kulturell hochstehenden Gegenwart sind es, die dort in engen Räumen mit vieler und harter Arbeit, aber wenig Freude, die Lasten und Sorgen des Haushalts zu tragen haben. Die gefährvolle und anstrengende Berufsarbeit der Industriearbeiter, das Gend der Heimarbeiterinnen, die überheerenden Folgen der gewerblichen Frauen- und Kinderarbeit und ähnliche Tatsachen sind durch wiederholte lebensstreuere Schilderungen allgemein bekannt geworden und haben an das soziale Gewissen der Nation appelliert. Vom Leben und Leiden der Arbeiterhausfrauen aber ist bisher verhältnismäßig wenig geredet worden, der Mütter unserer kommenden Arbeitergeneration hat man selten in ehrender Anerkennung gedacht. Und doch:

Wer leistet dem Gegenwartstaat und der Gesellschaft wertvollere Dienste, wer bringt größere Opfer und duldet mehr im Interesse der Gesamtheit wie die Hausfrauen des Arbeiterstandes!

Über nur wenige von ihnen werden ihrer mühseligen Arbeit und ihres Lebens froh, die meisten bekommen nur die Schattenseiten des Lebens zu kosten. Wer wirklich geplagte Menschenkinder und heroische Dulderinnen kennen lernen will, der gehe in die Arbeiterfamilien der modernen Industrieorte und beobachte das persönliche Leben der Hausfrauen, wie es Fräulein Dr. U. Fischer-Edert in Hamburg getan hat. Die Eindrücke dieser Beobachtungen sind in dem bereits früher erwähnten Buch: „Die wirtschaftliche und soziale Lage der Frauen in dem modernen Industrieort Hamburg im Rheinland“ niedergelegt. Das Kapitel dieser Schrift über „das persönliche Leben der Frauen“ verdient eine besondere Abhandlung an dieser Stelle.

Um das hier gegebene soziale Zeitbild richtig zu beurteilen, muß zunächst darauf hingewiesen werden, daß die Großstadt Hamburg in zwei Jahrzehnten latenteartig angewachsen und deshalb nur einen verschwindend kleinen Teil eingesehener Bevölkerung hat; mehr wie 90 Prozent der Einwohner sind von auswärts, zum Teil aus dem Ausland, zugezogen, sodaß von einem Heimatgefühl in diesen zusammengewürfelten Massen keine Rede sein kann. Von den 495 befragten Familien hat die Verfasserin nur vier angetroffen, die am Orte geboren und aufgewachsen waren. Durch eine Umfrage in der Schule wurde festgestellt, daß von 3955 Familien nur 707 Elternpaare in Hamburg geheiratet hatten. Dazu kommt dann noch ein fortlaufender überaus starker Bevölkerungswechsel, ein ständiges massenweises Zu- und Weggehen, sodaß hier tatsächlich ein wirkliches modernes Industrie-Nomadentum vorhanden ist.

Dieser schwankende Untergrund ist für das Familienleben und die Persönlichkeit der Frau und Mutter von sehr nachteiliger Wirkung. Sie fühlt sich losgerissen aus ihren bisherigen Verhältnissen, fremd in der neuen Umgebung, benutzigt und bedrückt von allem, was sie umgibt. Die Frau ist an die enge Wohnung gefesselt; zwischen den vier Wänden ihrer Behausung spielt sich ihr und der Kinder Leben ab „gleichsam wie das in der Freiheit lebender Gefangener“. Der Wunsch oder nur ein Gedanke an Selbstmachtung ist nicht vorhanden. Vergnügungen außer dem Hause gibt es für sie nicht. In den in Hamburg wie überall zahlreich vorhandenen Vergnügungsvereinen kann sich die mit Kindern gesegnete Hausfrau nicht beteiligen. U. Fischer-Edert gibt eine ergreifende Schilderung vom Lebensinhalt dieser Dulderinnen, man könnte fast sagen Märtyrinnen: „Eine Fremde unter Fremden, die sie nicht verstehen, ihre Persönlichkeit nicht kennen, lebt sie da hin, in ruhelosem Lebenskampf, den die Launen der Konjunktur, der Mangel an Existenzsicherheit ihr aufzwingt. Einseitig, schlos drückt der Hunger und die Blöße ihrer Kinder sie unter die Herrschaft des nacktesten Materialismus, und je schwerer und notwendiger die materielle Befriedigungsmöglichkeit zu beschaffen ist, desto mehr treibt ihr innerer Mensch in einen Zustand der Unzufriedenheit und Lebensverbitteung hinein, die seellichem Selbstmord gleichkommt. Die beiden von mir gestellten Fragen: „Lesen Sie die Zeitung oder Bücher, und wo gedenken Sie Ihr Alter zu verbringen?“ haben in ihren Antworten eine solche Uebereinstimmung der völligen Banalerklärung ihres Lebensinhaltes gezeigt, daß man nicht recht weiß, was mehr zu beklagen ist, die physische Unterernährung oder ihre physische Veere und Verarmung.“

Das geistige Leben der Frauen fand die Verfasserin mit wenigen Ausnahmen in einem geradezu trostlosen Zustand. Von den 495 Hausfrauen lasen nur zwei Bücher, und zwar Romane. Andere lasen die Zeitung auf die „Neuigkeiten“, während andere die Zeitung als „Butterbrotpapier“ betrachteten. Nur eine Frau war darunter, die wenigstens des Sonntags „eine stille Stunde für sich“ verlangte, um in Ruhe die Zeitung lesen oder über die Predigt nachdenken zu können. Alle übrigen waren geistig völlig abgestumpft. „Sie lesen nichts und fragen auch nichts. Außerhalb ihrer täglichen Sorgen ist keine Welt mehr für sie da.“ Dasselbe spricht auch aus den Antworten der zweiten Frage. Mit überwiegender Mehrheit lauten diese: „Wo wir was zu essen haben“. Krasser kann wohl keine Schilderung das völlige Sichbeugenmüssen unter den materiellen Bedarf des Lebens charakterisieren, als es diese großen Worte tun!

Es ist leicht erklärlich, daß Frauen in dieser Lebensverfassung am Zweck und Ziel des Lebens irre werden. „Ihnen allen kommt das Leben so zwecklos vor. „Man ist und trinkt, man heiratet, man setzt Kinder in die Welt; wozu das alles?“ Das war der immer gleiche Refrain, der mir aus so manchem müden, hoffnungslosen Frauenmund entgegenschallte.“

Die gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen in Deutschland.

6. Die christlichen Gewerkschaften.

Vor Gründung christlicher Gewerkschaften waren weite Kreise der christlich-national gesonnenen Arbeiter in christlich sozialen Vereinen, konfessionellen Arbeitervereinen und Gesellenvereinen zusammengeschlossen, in welchen die soziale Frage und besonders die Arbeiterfrage, sowie Mittel zu deren Lösung erörtert wurden. Der Organisationsgedanke wurde dadurch in diesen Arbeiterkreisen

befruchtet. Doch verfolgten diese Vereine keine ausgesprochenen gewerkschaftlichen Ziele. Das Bedürfnis nach gewerkschaftlichem Zusammenschluß war aber auch für diese Arbeiter vorhanden und fand zum Teil seine Befriedigung in den bestehenden Fachvereinen und Gewerkschaften. Doch trugen die sogenannten freien Gewerkschaften ohne Ausnahme einen mehr oder minder ausgeprägten sozialdemokratischen Charakter. Besonders nach Aufhebung des Sozialistengesetzes trat dies offen in Erscheinung. Neben den fortgesetzten Verstößen gegen die politische Neutralität häuften sich die Angriffe auf das Christentum und die Kirche. So sagt z. B. selbst der sozialdemokratische Abgeordnete und Bergarbeiterführer Hue in seiner Schrift: „Neutrale oder parteiliche Gewerkschaften“ von dem Organ des Bergarbeiterverbandes, der „Zeitung deutscher Bergleute“: „Die Zeitung war nicht gewerkschaftlich, sondern tatsächlich parteipolitisch redigiert, ja manche Artikel aus jener Zeit sind anarchistisch angehaucht.“

Alle Versuche nichtsozialdemokratischer Arbeiter, durch Proteste von außen oder durch Opposition innerhalb der Berufsorganisationen die sozialdemokratischen und christentumsfeindlichen Bestrebungen und Tendenzen zu beseitigen, blieben ohne dauernden Erfolg. Besonders im industriellen Westen und vor allem im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier, wo der größte Teil der Arbeiter der Sozialdemokratie ablehnend gegenüberstand, machte sich das Bedürfnis nach gewerkschaftlichen Organisationen geltend, die eine wirkliche Interessenvertretung der Arbeiter gegenüber dem Kapital ermöglichten, ohne die parteipolitischen und religiösen Anschauungen der nichtsozialdemokratischen Arbeiter zu verletzen.

Am 1. April 1894 fand in Essen wieder einmal eine Protestversammlung christlich-nationaler Bergarbeiter gegen das Vorgehen des sozialdemokratischen Verbandes bei der Delegation zum internationalen Bergarbeiterkongress statt. Eine Resolution fand Annahme und wurde in der Tagespresse veröffentlicht. Das veranlaßte den Bergmann August Brust in Alteneffen, unterm 8. April einen längeren Brief an den Vorsitzenden der Protestversammlung, Bergmann Hermann Köster in Frohnhausen, zu richten, in welchem entschieden der Meinung Ausdruck gegeben wird, daß das Protestieren allein nichts helfe. Zur Besserung der vielfach gedrückten Lage der Bergleute sei eine Wahrung und Förderung der wirtschaftlichen Interessen auf christlicher und gesetzmäßiger Grundlage nötig. Dies könne nur durch eine Organisation der christlichen Bergleute erreicht werden.

Nachdem sich eine Delegiertenversammlung katholischer und evangelischer Arbeiter- und Knappenvereine am 3. Mai mit der von Brust angeregten Sache befaßt und einen Ausschuß zur weiteren Verfolgung der Angelegenheit gewählt hatte, konnte auf einem Delegiertenkongress am 26. August 1894 die Gründung eines neuen Verbandes beschlossen werden. Auf dem Delegiertenkongress waren vertreten: 77 katholische und 20 evangelische Knappenvereine, 38 evangelische und 23 katholische Arbeitervereine, sowie 25 christlich soziale Arbeitervereine durch zusammen 424 Delegierte. Brust führte den Vorsitz und erläuterte die von der Kommission ausgearbeiteten Grundzüge für die Satzungen. Um zu verhüten, daß wie bei früheren Gründungen, die Grubenbesitzer und Direktoren durch Entlassungen und Maßregelungen die Existenz des neuen Verbandes sofort unmöglich zu machen suchten, wurde der Streik in den Satzungen nicht erwähnt. Eine scharfe Grenze gegenüber der Sozialdemokratie gezogen, die Erörterung konfessioneller Fragen und politischer Parteiangelegenheiten ausgeschlossen, der Vorstand sachungsgemäß je zur Hälfte aus evangelischen und katholischen Bergleuten zusammengesetzt. Die Konstituierung des neuen Verbandes, der sich Gewerksverein christlicher Bergarbeiter für den Oberbergamtsbezirk Dortmund nannte, erfolgte auf einer Delegiertenversammlung am 28. Oktober. Brust wurde als Vorsitzender gewählt.

So hatten die rheinisch-westfälischen Bergleute die erste christliche Gewerkschaftsorganisation gegründet mit einem ausgesprochenen antisozialdemokratischen, im übrigen politisch unparteilichen und interkonfessionellen Charakter, wie er später der ganzen christlich-nationalen Gewerkschaftsbewegung eigen wurde. (Der Gewerksverein der Berg- und Grubenarbeiter Hirsch-Dundercher Richtung hatte nach einer Spaltung im Jahre 1893 fast sämtliche Mitglieder verloren, er zählte 1894 nur noch 455 Mitglieder.)

Den Bergleuten folgten bald mit ähnlichen Gründungen die Textilarbeiter in Aachen und Umgegend, Krefeld, Bocholt und in Bayern. Die Former in Duisburg trennten sich unter der Führung von Wieber im Jahre 1895 vom Zentralverein der deutschen Former wegen dessen sozialistischen und antichristlichen Tendenzen. Es wurden Gründungen für Berg-, Eisen- und Metallarbeiter im Siegerland, Metallarbeiter im Sauerland, Blei- und Zinkarbeiter in Stolberg und Umgegend und für Uhrenarbeiter auf dem Schwarzwald vorgenommen. In Süddeutschland bildeten sich Arbeiterchulverbände, die sich in Konfessionen gliederten. Für Württemberg wurden Landesverbände für Holzarbeiter, Metallarbeiter, Textilarbeiter und Bauhandwerker gegründet. Die Ziegler in Lippe schlossen sich zusammen; auch war ein Verband für Eisenbahnarbeiter gegründet worden.

In der Organisationsform finden wir so bei den christlichen Gewerkschaftsgründungen im Anfang die größten Verschiedenheiten, es fehlte eben fast jede Fühlung zwischen den verschiedenen Gruppen. Ebenso fehlte ein einheitliches Programm. Nach vorausgegangenem Kongress fand zu Pfingsten 1899 der erste Kongress der christlichen Gewerkschaften zu Mainz statt. Hier wurde ein Programm in Form von Leitsätzen angenommen, das heute noch für die christlichen Gewerkschaften besteht.

Demnach sollten die Gewerkschaften interkonfessionell sein, aber auf dem Boden des Christentums stehen. Sie sollten ferner parteipolitisch

neutral sein. Die Arbeiter eines Gewerbes, einer Industrie sollten sich zu Zentralverbänden zusammenschließen. Als Aufgabe der Gewerkschaften wurde festgelegt die Hebung der leiblichen und geistigen Lage der Berufsgenossen. In der Hauptsache sollten die Interessen der Arbeiter auf dem Gebiete des Arbeitsvertrages vertreten werden (Lohnhöhe, Arbeitszeit usw.). Der grundsätzliche Klassenkampf im Sinne der Sozialdemokratie wurde abgelehnt. Der Ausstand sollte nur als letztes Mittel und wenn Erfolg versprechend angewandt werden. Die Gewerkschaften sollten ferner die Vertretung bestimmter sozialpolitischer Forderungen bei Behörden und der Gesetzgebung übernehmen.

Die Zentralisation der für die einzelnen Gewerbe und Industrien bestehenden Bezirks- und Lokalverbände wurde bald durchgeführt. 1899 wurde die Bildung des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften beschlossen, der für die Einigkeit und Ausbreitung der Bewegung, sowie für die Schulung und Bildung der leitenden Personen tätig war und Großes geleistet hat. Die Zahlstellen der verschiedenen Verbände an einem Ort oder in einem größeren zusammenhängenden Industriebezirk sind meist zu Kartellen zusammengeschlossen, deren Hauptaufgaben sind: Agitation, Vorbereitung und Durchführung der Arbeitervertreterwahlen zu Gewerbeämtern, Krankenkassen und den sonstigen Organen der Reichsversicherung, Schulung der Mitglieder durch Unterrichtskurse und Schriftenverbreitung.

Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der bayrischen Textilindustrie.

Das Strafsystem.

Durchweg werden in den Textilbetrieben Bayerns noch außergewöhnlich viel und hohe Strafen verhängt. Bestraft wird für Unpünktlichkeit mit 10-30 Pfg., Schwächen und Sachbeschädigung mit 30 Pfg. bis 1 M., und sogar 3 M. Abliefern schlechter Ware (Stückstrafen) kostet 20 Pfg. bis 1 M., Herumlaufen 30 Pfg., zu viel Abfall wird nach Belieben bestraft. Fühlen sich die Arbeiter zu unrecht bestraft und wollen sich dagegen wehren, so werden sie noch eigens mit einer Strafe belegt wegen Frechheit. Auffallender Weise wird dort am meisten bestraft, wo die Organisation am schwächsten ist und wo die „Gelben“ das Ruder führen. Das Strafsystem und seine Behandlung wird wesentlich beeinflusst von der Persönlichkeit der Vorgesetzten. Ein humaner und weitblickender Vorgesetzter wird am allerwenigsten Ursache haben, das verderbliche System des Strafsens überhaupt oder scharf anwenden zu müssen. Besteres gilt auch von der Behandlung. Wer selbst einmal Arbeiter war und auf Grund seiner Tüchtigkeit Vorgesetzter wurde, der wird auch seine Untergebenen gerecht zu behandeln wissen. Zwar gibt es auch hier unruhliche Ausnahmen. Jedoch handhaben jene Vorgesetzten das Strafsystem am schärfsten, die weniger durch ihre Tüchtigkeit als durch Schmeichelei, Wohlbienelei und Protektion auf solche Posten gekommen sind. Sie wissen auch am wenigsten mit Arbeitern umzugehen.

Arbeiter-Ausschüsse.

In den meisten Textilbetrieben Bayerns bildet heute noch der Krankentassenvorstand den Arbeiterausschuß. Früher waren die Arbeiterausschüsse zum großen Teil durchwegs mit Meistern, denen es vielfach bei dem besten Willen nicht möglich war, die Interessen der Arbeiterschaft so zu vertreten, wie es notwendig gewesen wäre. Durch Einwirkung der gewerkschaftlichen Organisationen ist dieser Zustand seit einigen Jahren zum großen Teil beseitigt, aber es fehlt doch vielfach an reinen Arbeiterausschüssen, die zu wählen wären neben dem Krankentassenausschuß und als eigene Einrichtung zu bestehen hätte. In einem größeren Betriebe in Bayern ist es der organisierten Arbeiterschaft gelungen, die Firma zu bewegen, einen reinen Arbeiterausschuß wählen zu lassen. Es wird Aufgabe der Arbeiterschaft sein, in allen Betrieben diese für die Arbeiterschaft segensreiche Einrichtung zu schaffen. In den seltensten Fällen wird der Arbeiterausschuß bei der Vornahme von Lohnregulierungen und dgl. mit zu Rate gezogen. Zu bedauern ist, daß auch die große Masse der Lohnarbeiter in der Textilindustrie die Bedeutung der Arbeiterausschüsse viel zu wenig erkannt hat. Aus diesem Grunde haben die Unternehmer vielfach sehr wenig Achtung gegenüber den Vertretern der Arbeiterschaft. Die Arbeiterschaft sollte bedenken, daß der Arbeiterausschuß nur in jenen Betrieben vom Arbeitgeber richtig eingeschätzt, geschätzt und angehört wird, wo hinter ihm eine gut organisierte Arbeiterschaft steht, die dem Arbeiterausschuß den Rücken stärkt und selbst den Wert des Ausschusses hoch einschätzt. Am schlechtesten steht es mit den Arbeiterausschüssen dort, wo die Gelben vorherrschend sind.

Gesundheitliche Verhältnisse.

Soweit die neuen, modern eingerichteten Betriebe in Betracht kommen, scheinen die gesundheitlichen Verhältnisse einigermaßen zufriedenstellend zu sein. Aber auch da nicht überall. Es wird sehr geklagt über schlechte Luft in den Arbeitsräumen, mangelhafte Ventilation, feuchte Fußböden, zu starke Hitze im Sommer und zu große Kälte im Winter, über schlechte Beleuchtung usw. All diese Dinge greifen die Arbeiter gesundheitlich sehr stark an. Als Berufskrankheiten der Textilarbeiter werden angegeben: Lungenleiden, Herzleiden, Rheumatismus, Tuberkulose, Magenleiden, Bleichsucht und dgl. Ein Beweis für den gesundheitsschädlichen Charakter mancher Textilarbeit ergibt sich aus einer statistischen Zusammenstellung, die im Jahre 1912 von 20 Augsburger Textilbetriebskrankenkassen gemacht wurde. Diese Statistik zeigt uns folgendes Bild.

In den genannten Krankenkassen waren Mitglieder

männlich 5493 = 40%
weiblich 8089 = 60%

Insgesamt 13582

Diese hatten im Jahre 1912 Krankheitstage

männlich 49162 = 29,8%
weiblich 116022 = 70,2%

insgesamt 165184

Aus dieser Zusammenstellung geht hervor, daß die Textilarbeiter häufig der Krankheit verfallen, nicht zuletzt in Folge der mangelhaften sanitären Einrichtungen in vielen Betrieben. Die angegebenen Zahlen würden aber ganz bestimmt noch höher sein, wenn wirklich alle Krankheiten von der Statistik erfaßt werden könnten. In vielen Fällen fürchten sich die Arbeiter, obwohl sie sich krank fühlen, einen Krankenschein zu fordern. Der Grund dafür, daß viele Arbeiter und Arbeiterinnen ihre Krankenanmeldung bis aufs äußerste hinausschieben, ist der, daß es in vielen Textilbetrieben geradezu Regel geworden ist, Arbeiter und Arbeiterinnen, die jahrelang im Betriebe beschäftigt waren, ihre ganze Arbeitskraft dort verbracht, im Betriebe Krankheiten sich zugezogen haben und dann gezwungen waren, sich krank zu melden, den Entlassungsschein auf das Krankenticket schiebt. Der Zweck der Uebung ist in den meisten Fällen der, diese Vermissten der Armen aus der Betriebskrankenkasse herauszubringen. Dieses Vorgehen der Herren Arbeitgeber gegen ihre Arbeiterschaft ist so ungeheuerlich, daß es notwendig sein wird, recht bald eine Änderung unserer gesetzlichen Bestimmungen über das Entlassungsrecht vorzunehmen. Den von dem Schicksal der sofortigen Entlassung während der Krankheit betroffenen möchten wir sagen, daß sie nach § 313 der Reichsversicherungsordnung das Recht haben, sich als freiwilliges Mitglied bei ihrer seitherigen Betriebskrankenkasse anzumelden. Diese Anmeldung geschieht am besten sofort nach der Ausscheidung aus dem Betriebe und am sichersten schriftlich mittels Einschreibebrief und durch Zusendung von zwei Wochenbeiträgen durch Postanweisung. Auch darf das Beitragszahlen nicht übersehen werden und geschieht am besten wöchentlich oder alle 14 Tage.

Wohlfahrtseinrichtungen.

„Wohlfahrt“ ist ein schönes Wort. Wohltaten spenden, um dadurch die Not armer Menschen zu lindern, ist ein edles Werk. Aber auf die Wohlfahrtseinrichtungen in unserer Großindustrie kann der Satz Anwendung finden, daß Wohlfahrt Plage wird. Es klingt wie Pöhn, wenn Arbeitgeber Einrichtungen als Wohlfahrtseinrichtungen bezeichnen, die nur den Zweck haben, gesunde Menschen in wirtschaftliche und soziale Abhängigkeit zu bringen, um sie an dem Aufwärtsstreben zu hindern. Als „Wohlfahrtseinrichtungen“ kommen in den bayrischen Textilbetrieben in Betracht Dienstalterszulagen, Pensionskassen, Fabrikwohnungen und gelbe Konsumvereine. Dazu kommen noch Altbüchereien aller Art und solche Vereine, die an allen Orten schon bestehen und die absolut nicht in die Fabrik hineingehören, wie Fabrik-Turn- und Gesangsvereine, Fabrikkiegelvereine, Fabrikgesellschaften, genannt „Unter uns“. In einem großen Betrieb ist man in letzter Zeit sogar dazu übergegangen, einen Fabrik-Fürgerverein zu gründen. Selbstverständlich können solche Vereine nur gebildet werden, wenn eine willkürlose und denksame Arbeiterschaft vorhanden ist. Die Arbeiterschaft ist also durchaus nicht unschuldig an der Existenz solcher „Wohlfahrtseinrichtungen“. Man sollte doch meinen, sie müßte es fühlen, daß sie dadurch das höchste Gut, welches ihr außer der Arbeitszeit zur Verfügung steht, selbst mit Füßen tritt und einiger „Wohltaten“ wegen an den Arbeitgeber vielfach zeitweilig verläßt. Es ist deshalb notwendig, auch auf diesem Gebiete aufläuternd unter der Arbeiterschaft zu wirken, sie loszureißen aus dieser Gefangenschaft, sie der wirtschaftlichen Freiheit entgegen zu führen.

Schluß.

Wie schon bereits eingangs erwähnt, haben unsere Fragebogen nebst der Übersetzung in den Konferenzen viel Material herbeigebraucht. Es ist einmal hineingeleuchtet worden in das Innere der Fabrikbetriebe, und dieses angefangene Werk soll weiter ausgebaut und durchgearbeitet werden. Wie in Bayern, so finden gegenwärtig in allen Bezirken unseres Verbandes solche Konferenzen statt, die in ähnlicher Weise eine übersichtliche Erfassung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Textilindustrie vornehmen werden. Daraus kann die Arbeiterschaft ersehen, mit welchem Ernst der Zentralverband christlicher Textilarbeiter Deutschlands seine wichtigste Aufgabe, die Mitarbeit an der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, zu erfüllen bestrebt ist. Er wird aber nur dann diese große Aufgabe voll und ganz erfüllen können, wenn nicht nur die Mitglieder — was ja eigentlich selbstverständlich ist — fleißig mitarbeiten, sondern wenn auch die unorganisierten Arbeiter erwachen und durch Erreichung der Mitgliedschaft in unserem Verband die Reihen der streitenden Mitarbeiter stärken.

Ein großes Feld der Betätigung zur Agitation steht allüberall noch offen. Ueber eine Million Arbeiter und Arbeiterinnen sind in der deutschen Textilindustrie beschäftigt. Davon sind ungefähr 800000 unorganisiert. Alle leiden unter denselben Verhältnissen; eine Besserung kann aber nur durch den Zusammenschluß der Arbeiterschaft in der gewerkschaftlichen Organisation erfolgen. Darum richten wir vor allem an unsere Mitglieder die dringendste Bitte, tatkräftig mitzuarbeiten zur Erreichung der vorgezeichneten Ziele, die alle verwirklicht werden können, wenn die Vorbedingung erfüllt ist, nämlich die Stärkung des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

In dem Artikel der vorigen Nummer muß es unter Punkt III „Lohnfrage“ heißen: In einer Automatenweberei wird bei Bedienung von 6-16 Stühlen usw.; ferner: Diejenigen, die einen Lohn 25-30 M. usw.

Glücksverhältnisse der Nachener Appreturarbeiter.

Die Appreturarbeiter, welche in den Tuchfabriken und Appreturanstalten des Nachener Industriebezirks beschäftigt sind, zählen zu denjenigen Textilarbeitern, deren Lohn- und Arbeitsverhältnisse als durchaus ungenügend bezeichnet werden müssen. Niedrige Löhne, lange unregelmäßige Arbeitszeit, viel Ueberarbeit, ungelante Arbeitsräume, schlechte Lebens- und Wohnungsverhältnisse, sind verbunden mit dem Namen Appreturarbeiter.

Eine am Sonntag, den 12. Juli, vom Zentralverbande christlicher Textilarbeiter Deutschlands nach Aachen einberufene Appreturarbeiter-Konferenz beschäftigte sich eingehend mit den Verhältnissen dieser Arbeiter. Die Konferenz war aus Aachen-Stadt und Land, aus Eupen, Düren, Euskirchen und Umgegend, Veldburg und anderen Orten sehr gut besucht. Die statistischen Erhebungen über die Lage der Appreturarbeiter in den einzelnen Orten und Betrieben bildeten die Unterlage für die Konferenzberatungen. Die Erhebungen erstreckten sich auf Lohnhöhe, Lohnberechnungen, Arbeitszeit, Ueberstunden, Vergütung für Ueber- und Nachtarbeit. Ferner auf die gesundheitlichen Verhältnisse der Betriebsstätten, auf das Organisationsverhältnis usw.

Bezüglich der Arbeitslöhne ergab die Statistik sehr ungünstige, zum Teil geradezu traurige Verhältnisse. Am schlechtesten sind wohl die Lohnverhältnisse in Aachen selbst. Etwas besser, wenn auch keineswegs befriedigend, sind die in Eupen, Euskirchen und Düren. Für Euskirchen und Umgegend wurde im Jahre 1913 von den Gewerkschaften ein Tarif für die dortige Militärtextilindustrie abgeschlossen, welcher auch für die Appreturarbeiter eine, wenn auch langsame Steigerung der Löhne bringt. Den Euskirchener Appreturarbeitern bringt dieser Tarif in vier Jahren (1. April 1913 bis 1. April 1917) eine Lohnsteigerung von 40 % pro Tag. In Aachen schwankt der durchschnittliche Wochenverdienst, bei normaler Arbeitszeit, für Rauher, Walker und Spüler zwischen 14 und 20 Mark. Um ein wenig höher stellt sich der Wochenverdienst für Presser, Delatierer usw. Besonders niedrig sind die Löhne der Tuchsheerer und Scheererinnen. Er schwankt zwischen 11 und 17 Mark pro Woche. Den jugendlichen Arbeitern zahlt man 7 bis 10 Mark wöchentlich. Wo für die Appreturarbeiter ein höherer Lohn herauskommt, ist dieses nur möglich durch übermäßige Ausnutzung der Arbeitskraft. In den Appreturen einer ganzen Anzahl Nachener Tuchfabriken wird gegenwärtig mit vielen Ueberstunden gearbeitet. 63, 64, 66 ja sogar 76 Arbeitsstunden pro Woche sind an der Tagesordnung. Die Mittag- und Vesperpausen werden, besonders in der Nachappretur, vielfach durchgearbeitet. Ueberhaupt ist in den Appreturen von einer regelten Arbeitszeit keine Rede. Zudem läßt die Bezahlung der Ueberarbeit manches zu wünschen übrig. In den meisten Betrieben wird zwar eine Extravergütung gezahlt, jedoch ist dieselbe ungenügend und verächtlich. Es gibt sogar noch Betriebe, wo man von den Arbeitern Ueberarbeit ohne jede Extravergütung fordert. Eine der größten Nachener Tuchfabriken zahlt nur dann einen Lohnzuschlag für Ueberstunden, wenn dieselben über die Zeit von 10 Uhr abends hinausgehen.

Ein vollständiges Durcheinander findet man bei den Arten der Lohnberechnung. Die Berechnung, oder die Festsetzung der Löhne, ist in fast jedem Betriebe eine andere. Wir finden feste Wochenlöhne, Tagelöhne, Stundenlöhne, Akkordlöhne, Stundenlöhne nebst Akkordlöhnen. Ferner ist das Prämienystem weit verbreitet. Es gibt Betriebe, in denen die verschiedensten der genannten Lohnberechnungen gleichzeitig vorkommen. So es gibt sogar Arbeiter, welche zusammen an der gleichen Maschine arbeiten und deren Lohn auf verschiedene Art berechnet wird.

Dieses überaus traurige Bild vervollständigt sich noch, wenn man etwas über die traurigen Lebensverhältnisse und über die Wohnweise dieser Arbeiter erfährt. Daß solche Löhne wie vorstehend angegeben, in keiner Weise genügen, in der heutigen kurzen Zeit auch nur ein einigermaßen menschenwürdiges Dasein zu fristen, ist wohl jedem denkenden Menschen klar. Was fängt nun aber ein Familienvater mit zahlreichen Kindern an, um sich durchzuschlagen? Die Frau und Mutter muß mit zum Geldverdienen herangezogen werden. Entweder geht sie auch zur Fabrik, oder sie beschäftigt sich als Zeitungsträgerin, Buschfrau oder dergleichen. Die Kinder, wenigstens die noch schulpflichtigen, sind sich tagsüber selbst überlassen. Aber auch sie müssen nach den Schulstunden zum Unterhalt der Familie beitragen. Sie beschäftigen sich mit Aushäben von Oesen, Paken und Knöpfen. Diese Beschäftigung wirkt um so verheerender auf diese jungen Menschen, weil sie nicht nur ungesund, sondern auch geisttötend ist. Langts dann noch nicht, was Mann, Frau und Kinder gemeinsam erarbeiten dann muß die Armenverwaltung oder die private Mildtätigkeit einspringen.

Die Wohnungsverhältnisse der meisten Appreturarbeiter Aachens sind die denkbar ungünstigsten. Im zweiten, dritten Hinterhaus, ohne genügend Licht und Luft, eingepfercht mit ihren zahlreichen Familienangehörigen, wohnen sie in sehr beschränkten Räumen. Im Dachgeschloß oder in dumpfen, feuchten Parterrewohnungen muß man die Appreturarbeiter aufsuchen, um sich ein wirkliches Bild von all ihrem Elend machen zu können.

An der Diskussion auf der genannten Konferenz, welche sich nach diesen Darlegungen sehr lebhaft gestaltete, wurde besonders die Frage erörtert, wer trägt die Schuld an solchen überaus traurigen Zuständen?

Von einigen, seit langer Zeit organisierten Appreturarbeitern wurde hervorgehoben, daß man die gewerkschaftliche Organisation nicht für die traurigen Verhältnisse

verantwortlich machen könne. Seit mehr als 10 Jahren habe der christliche Textilarbeiterverband immer wieder zum Zusammenschluß und zur Einigkeit der Appreturarbeiter aufgefordert. Alles umsonst! Und doch liegen Beweise genug vor, daß die Verhältnisse mit Hilfe der Organisation gebessert werden können, wenn die beteiligten Arbeiter es nur selbst ernstlich wollen. Es sei nur hingewiesen auf den Tarifabschluß in Euskirchen. Auch in Aachen selbst konnten in einzelnen Betrieben, in denen sich die Arbeiter aufrüsteten, mit Hilfe der Organisation Verbesserungen herbeigeführt werden.

In der Diskussion wurde ferner lebhaft über das mangelnde soziale Verständnis der Arbeitgeber den Appreturarbeitern gegenüber gellagt. Auch die Tuchfabrikanten sollten wissen, daß eine Industrie, welche solche niedrigen Löhne zahlt, sich selbst den Nachwuchs der Arbeitskräfte abschneidet. Es ist schon seit langem die Tatsache zu beobachten, daß gerade in den Appreturen ein steter Arbeitermangel vorhanden ist. Junge kräftige Leute lehnen es ab, unter solchen Verhältnissen zu arbeiten und suchen sich Verdienst in solchen Industrien, welche höhere Löhne zahlen oder im Bergbau.

Die Konferenzteilnehmer, welche sich mit den in Vorschlag gebrachten Maßnahmen zur Gewinnung der großen Zahl der noch nicht organisierten Appreturarbeiter im Nachener Bezirk einverstanden erklärten, versprachen energisch in die Agitationsarbeit einzutreten zu wollen.

Appreturarbeiter von Aachen, Düren, Eupen und Euskirchen, wenn ihr eure wirtschaftliche Lage verbessern wollt, müßt ihr euch selbst rühren und geschlossen der Organisation und zwar dem Zentralverbande christlicher Textilarbeiter Deutschlands unverzüglich beitreten.

Allgemeine Rundschau.

Ein dreister Schwindel.

Der „Textilarbeiter“ hält die in seiner Notiz: „Warnung vor dem Betreten der Büros des christlichen Textilarverbandes“ erhobenen Behauptungen aufrecht, obwohl es sich um einen ganz dreisten Schwindel handelt. Er berichtet nur, daß der betr. Fall sich nicht in Bielefeld, sondern in Gronau ereignet habe. Dazu wird uns nun von unserem Gronauer Lokalbeamten, Kollegen Wilhelm Berer, geschrieben:

Am 21. Juni cr. abends meldete sich auf meinem Büro der Weber Karl Schmidt aus Bielefeld und sagte wörtlich: „Ich bin Mitglied des deutschen Textilarbeiterverbandes und habe den Beamten unseres Verbandes nirgends finden können. Ich habe kein Geld, um zu übernachten. Wollen Sie so freundlich sein, mir was Geld leihen. Morgen bekomme ich meine Reiseunterstützung. Ich zahle es Ihnen dann zurück. Hier ist mein Verbandsbuch und meine Reisegeldlegitimation als Pfand.“ Weil der junge Mann einen guten Eindruck machte und auch eine Schachtel mit Kleidern bei sich hatte, gab ich ihm 2,70 M. aus meiner Tasche. Den Betrag sollte er am anderen Tag als Reisegeld von den Beamten des sozialdemokratischen Verbandes empfangen.

Darauf erbat er sich eine Tasse Kaffee. Er bemerkte, er sei Abstinenz und ginge in keine Wirtschaft. Auch der Kaffee wurde ihm von meiner Frau verabreicht. Ich habe den Mann dann nach seinen Eltern gefragt und wie er hier nach Gronau gekommen sei. Auf meine Fragen hat er folgendes geantwortet: „Mein Vater und meine Brüder sind Sozialdemokraten. Ohne meinen Willen bin ich in den roten Verband aufgenommen worden. Ich habe nie die Verbandszeitung gelesen und auch noch keine Verbandsversammlung besucht. Ich mag von der roten Gesellschaft nichts wissen. Ich will mal auf Wanderschaft gehen und hier in Gronau längere Zeit arbeiten.“ Auf meine Frage, ob er denn auch noch in die Kirche ginge, antwortete er: „Ich bin evangelisch und gehe jeden Sonntag in die Kirche. Allerdings, mein Vater und meine Brüder sehen das nicht gerne.“ Dann wurde ich von dem Manne gefragt, ob ich ihm nicht sagen könnte, wo er in ein Privathaus logieren könne. Da zufällig mein Nachbar ein Bett frei hatte, konnte er dort für die nächste Nacht bleiben. Nachdem der Mann Abendbrot gegessen hatte, fragte er: „Kann ich auch bei euch in den Verband kommen?“ Darauf habe ich ihm geantwortet: „Es sieht doch so dumme aus, daß Sie zureisen und sind dann sofort bereit, unserem Verbandsbeitritt zutreten. Allerdings, wenn Sie wollen und unsere Zentrale nichts dagegen hat, steht Ihrer Aufnahme nichts im Wege.“ Darauf sagte Schmidt: „Dann schreibt mich über in Gegenwart von zwei Zeugen. Ich bleibe dann in eurem Verbands und schließe mich auch hier der Guttempler-Loge an.“ Darauf habe ich dem Mann gesagt: „Welchen Sie sich zunächst bei Ihrem Beamten an, da ist sein Büro, und überlegen Sie sich erst die Sache mal. Sie haben doch bei Ihrem Verbandsrecht auf Reiseunterstützung.“ Darauf wurde geantwortet: „Seien Sie ohne Sorge, ich gebe Ihnen das Geld zurück.“ Am 22. Juni erhielt der Mann bei der Firma Gaydoul Arbeit, er bekam auch ein Kosthaus. Sein Uebertritt wurde von unserer Zentrale auf unseren Antrag hin genehmigt. Am folgenden Freitag erhielt er sein Verbandsbuch von uns ausgestellt. Er zahlte gleich 45 Pf. Beitrag, genau wie im „deutschen“ Verbands.

Nach einigen Tagen stellte sich heraus, daß ich mit einem Schwindler zu tun gehabt hatte. Der Schwindler teilte mir nämlich mit, der Bielefelder gehe weg und sei ihm noch 6 M. Kostgeld schuldig. Seine Sachen habe er am Bahnhof aufgegeben. Schnell lief der Mann zum Bahnhof und nahm dort mit dem Polizeibeamten Rücksprache. Auf dem Wege nach Hause traf er den Schwindler, der ihm dann auch die 6 M. gab, als er erfahren hatte, daß seine Sachen sonst festgehalten würden. In derselben Woche aber hatte sich der Mann ins rote

Verbandsbüro begeben. Wie man sagt, wäre er von den Genossen dahin gelockt worden. Er hatte sich dort, zugefesselt von dem „deutschen“ Beamten, wieder umschreiben lassen. Auch hatte der angebliche Abtinent im Laufe der Woche all sein Geld in Flaschenbier umgesezt. So bin ich für meine Menschenfreundlichkeit um 2,70 M. betrogen worden. Der „Textilarbeiter“ nimmt sich dieses Menschen an und verleumdet ob seiner Blüten hin unsere Organisation und ehrliche Kollegen.

So die Darstellung unseres Kollegen Berez. Besitzt der „Textilarbeiter“ nun den moralischen Anstand, seine Behauptungen zu widerrufen?

Unsere österreichischen Bruderverbände.

Die christlichen Gewerkschaften Österreichs haben ein schweres Jahr hinter sich. Die ungünstigen politischen Situationen, die der Balkankrieg geschaffen, hatten einen großen Stillstand in der Gesamtproduktion zur Folge, und die Arbeitslosigkeit setzte auf allen Gebieten ein. Dazu kam der gehässige Kampf, den die „Integraten“ gegen die christlichen Gewerkschaften führten und der sie in ihrer Bewegungsfreiheit hinderte. Trotz dieser Widerstände konnten die christlichen Gewerkschaften ohne große Verluste das Jahr 1913 durchhalten.

Die Gesamtzahl der christlichen Gewerkschaftler Österreichs beträgt 73 000, von denen 38 000 der Zentralkommission angeschlossen sind, während sich die übrigen auf Fach- und Lokalorganisationen verteilen. In finanzieller Beziehung stehen die der Zentralkommission angeschlossenen Organisationen weit aus am günstigsten da. Ihre Einnahmen betragen im Berichtsjahre 804 000 Kronen, ihre Ausgaben 511 000 Kronen. Für Unterstützungs-zwecke wurden aufgewendet 233 000 Kronen, von denen auf Lohnbewegungen 20 000, auf Arbeitslosenunterstützung 52 000 und auf Krankenunterstützung 95 000 Kronen entfielen. Das Gesamtvermögen verzeichnet eine Zunahme von 50 000 Kronen und beträgt jetzt 373 000 Kronen. — Unser Bruderverband zählte am Jahreschluss 7 418 Mitglieder. Seine Einnahmen beliefen sich auf 105 716 Kronen. Seine Ausgaben betragen im Berichtsjahre 92 763 Kronen. Das Gesamtvermögen stellte sich Ende 1913 auf 24 271 Kronen.

Trotz der Wirtschaftskrise sind bedeutende Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse errungen worden. 103 Lohnbewegungen und 41 Streiks mußten geführt werden, von denen 61 Bewegungen erfolgreich auf friedlichem Wege beigelegt wurden. Von den Streiks waren 24 ganz erfolgreich, 11 teilweise und nur sechs brachten keinen direkten materiellen Erfolg. Insgesamt haben sich die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften Österreichs über 700 000 Kronen Lohnserhöhung pro Jahr, 110 000 Stunden Arbeitszeitverkürzung, sowie in sieben Fällen Einführung von Urlaub und andere Vergünstigungen erkämpft. Zwanzig Tarife neu abgeschlossen, so daß die christlichen Gewerkschaften Österreichs jetzt an 128 Tarifverträgen beteiligt sind.

Trotz der schlechten Verhältnisse sind also bemerkenswerte Erfolge erzielt worden. Nachdem das Krisenjahr beendet ist, kann das Schiff der christlichen Gewerkschaften Oesterreichs mit frischem Wind und vollen Segeln wieder in die Zukunft steuern.

Verbandstag der christlichen Holzarbeiter.

In den ersten Julitagen fand zu Mainz die achte Generalversammlung des christlichen Holzarbeiterverbandes statt, die einen glänzenden Verlauf nahm. Aus dem kleinen Pflänzchen, das vor 15 Jahren in Mainz in die Erde gesenkt wurde, ist ein mächtiger Baum geworden. Der Holzarbeiterverband kann mit Recht stolz auf seine Erfolge sein, denn er zählt zu den bestausgebauten Verbänden der christlichen Gewerkschaften. Trotz der niedergehenden Konjunktur konnte der Holzarbeiterverband im Jahre 1912 einen Mitgliederzuwachs von 1011 und im Jahre 1913 einen solchen von 210 buchen, so daß seine Mitgliederzahl jetzt 18 600 beträgt. Sein Vermögen beträgt zur Zeit 826 000 M. Die Ausgaben für Unterstützungen waren infolge der einsetzenden Arbeitslosigkeit sehr groß. An Arbeitslosenunterstützung wurden ausbezahlt im Jahre 1912 34 500 M. Diese Summe stieg aber im Jahre 1913 auf 72 000 M. Auch bei der ausgezahlten Krankenunterstützung zeigte sich eine ähnliche Steigerung wie bei der Arbeitslosenunterstützung. Sie betrug im Jahre 1912 und 1913 136 900 M.

Eine große Zahl von Lohn- und Tarifbewegungen konnte der Verband mit Erfolg für seine Mitglieder durchführen. Insgesamt waren an 324 Bewegungen 11 204 Mitglieder beteiligt. Die Erfolge haben den Mitgliedern gezeigt, welche mächtige Stütze sie sich in ihrem Verband geschaffen haben. Ueber 585 000 Stunden Arbeitszeitverkürzung mit über 1 203 000 M. Lohnserhöhung kamen den Mitgliedern zugute. An 251 Tarifverträgen ist der christliche Holzarbeiterverband beteiligt, ein Beweis, daß wirklich positive Arbeit im Interesse der Arbeiterchaft von ihm geleistet wurde. Wichtige Fragen wurden auf der Generalversammlung erledigt. Besonders die Aussprache über die „Lohn- und Tarifpolitik“ war sehr fruchtbringend. Entschieden Stellung nahm die Generalversammlung gegen die Beschneidung des Koalitionsrechtes, wie es jetzt in Sachsen durch die Verbote gegen das Streikpostenfischen geschieht. Mit Recht sah man in diesem Verbote nichts weiter als eine Ausnahmebestimmung gegen die Arbeiter, die unter allen Umständen zu bekämpfen sei. Bei der Wahl des Zentralvorstandes wurden der Kollege Kurlschid sowie die bisherigen Vorstandsmitglieder wiedergewählt.

Gefahren für unsere Arbeiterinnen.

Aus dem Kapitel „Sittliche Gefährdung der Arbeiterinnen“ sei ein kurzer Ausschnitt wiedergegeben. Die „Vergiftete Zeitung“ bringt in ihrer Nummer 135 d. J.

aus Darmen eine Zuchtschrift, die die Eltern darauf hinweist, daß mit der modernen Fabrikarbeit für die Arbeiterinnen große sittliche Gefahren verbunden seien. Zwar wache die Mehrzahl der Arbeitgeber im Sinne einer sittlichen und moralischen Erziehung über die ihnen anvertrauten jungen Personen, aber manchmal ließen es die unmittelbaren Vorgesetzten an dem Verantwortlichkeitsgefühl fehlen, wie folgender Fall beweise:

„Ein Meister aus einer Kaffeeabfabrik in Oberbarmen hatte die ihm unterstellten Mädchen, welche zum Teil das Schulalter noch nicht überschritten hatten, fortgesetzt mit unsittlichen Anträgen drangsalirt. Zum Lohn versprach er den Mädchen, sie im Sinne des modernen Pflindersystems aufzuklären, indem er den Mädchen seine Degenerationsmittel offerierte. Ein Mädchen, mit welchem sich dieser sonderbare Meister in einem Raume allein befand, versuchte er gewaltiam gefügig zu machen, was aber an dem Widerstreben des Mädchens scheiterte.

Und dieser schamlose Mensch hatte noch den traurigen Mut, den Getrübten zu spielen und zum Radi zu laufen, als ihm seine Schandthaten vorgehalten wurden. In der Gerichtsverhandlung wurden ihm aber seine gewissenlosen Taten klar bewiesen, weil sich die von ihm so schwer beleidigten Mädchen gerne in den Dienst der Wahrheit stellten und ihm die Maske vom Gesicht herunterzogen. Es wäre im Interesse der jugendlichen Arbeiterinnen und deren Eltern nur zu wünschen, wenn jeder Küstling dieser Art in der gleichen Weise gebrandmarkt würde. Darum: Eltern, machet über eure Kinder und schonet nicht den Kuchlosen, der es wagen will, euer höchstes Werk auf Erden, die Erziehung eurer Kinder, so freventlich zerstören zu wollen.“

Leider sind solche Fälle in der Textilindustrie nicht vereinzelt. Unser Textilarbeiterverband ist deshalb wiederholt dafür eingetreten, daß zweifelhafte Charaktere von ihrem Aufsichtsposten über Arbeiterinnen enthoben werden. Die Arbeiterinnen selbst aber müssen bei solchen Vorkommnissen jede falsche Scham ablegen und unnach-sichtlich zur Anzeige übergeben. Am besten wenden sie sich vertrauensvoll an eine ältere Kollegin. Diese muß dann der Organisationsleitung unbedingt Mitteilung machen. Jede Rücksicht gegenüber solchen Meistern und Angestellten ist total verfehlt. Denn wenn auch sonst „Schweigen Gold“ ist — hier müßte es zum Unglück für die Arbeiterin selbst und vielleicht noch manch andere unschuldige Mädchen werden.

Raum glaublich!

Die „Weltmeister-Zeitung“ (Nr. 28/1914) ist in der Lage, ein Rundschreiben zu veröffentlichen, das der Verein der Industriellen für den Regierungsbezirk Köln an seine Mitglieder versandt hat. In diesem Rundschreiben wird von dem „Uebersozialismus“ gesprochen, der nun schon seit Jahren im öffentlichen Leben Deutschlands vorherrscht und nicht nur für die Entwicklung der Industrie, sondern auch für die Bildung des

Gebende Hände.

Skizze von Maria Regina.

Fern tauchten die Türme der Großstadt auf. Ueber dem Grün der einsigen Wälle stand dunkler Schwaden aus Fabrikrauchsteinen. In seltsamen Gebilden trauerte er sich an dem dunstigen, hellen Sommerhimmel hinauf. Bestrahlt von flimmerndheißer Sonne blühten die ersten Häuser an der Peripherie der Stadt herüber.

Der Bagabund sah das alles in seiner faulen, halb-legenden Stellung unter dem breitläufigen Lindenbaum, der einsame Schatten in der weiten Runde blühte er selber. Die zerbeulte Mütze hatte er unter seinen Kopf geschoben; der vielfach zerrissene Rock lag, wie er über dem derben Knotenstock getragen sein mochte, achlos hingeworfen daneben. Die Schuhe an den langausgestreckten Füßen waren noch so herb und fest, wie sie ihm die mittelbige junge Wirtsfrau drunten im Bayerischen vor ein paar Tagen gegeben hatte, als ihm das Regenwasser aus seinen Stiefeln quoll.

Im Kornfeld zirpten die Grillen. Soust kein Laut in der stirkenden Dige. Aus dem Chausseerand schien sie aufzubrodeln, über den Ackerfurchen flimmerte der heiße Erdatem.

Der Bagabund, ein ganz junger Burische noch, böste mit halbgeschlossenen Augenlidern vor sich hin und dachte sich in der einschläfernden Stille seine schönsten Träume aus. Träumte vom — großen Los natürlich, wovon ein lebenshangtiger junger Mensch immer dann träumt, wenn ihn das Schicksal am stiefmütterlichsten behandelt. . . Als lästiger Ausländer war der Vater ein paar mal um sein Brot gebracht und mit seiner kinderreichen Familie des Landes verwiesen worden. In Gesundheit waren sie alle aufgewachsen, in Ungebundenheit und sorglos in den Tag hinein. Man lebte, von Bettel, von Diebstahl — wie's kam. . . Die sonnenverbrante Brust des jungen Landreichers behnte sich sehnsüchtvoll. Wie er aus seinem elenden Karpathendorf herausgekommen war, hatte er staunend gesehen, daß das Leben draußen lauter frohe, bunte Farben hatte, keine so grauen, armseligen, trostlosen, in denen sich bislang seine Tage abgepielt hatten. Aber bald sah er auch, daß es immer die Anderen waren, die von dem goldenen Born tranken. Ihm blieb der Platz auf der Schattenseite. Da hatte sich auf dem jungen Gesicht ein böser Zug eingegraben, dessen Anblick die Entgekommenen den derben Stock fester saßen hieß, wenn er sein demütiges: „Ein armer Handwerksbursche — —“ auf einjamer Landstraße sagte.

Ein Klage laut kam durch die Mittagstille, von fern wie ein Hauch. Noch einer. Und dann klang es, wie

wenn einer eine Harfe rührt. Neugierig richtete er sich auf. Da lag jemand auf der Chaussee, einige dreißig Schritt von ihm entfernt. Ohne sich aus seiner faulen Stellung zu erheben, sah er noch ein paar Sekunden hinüber. Dann stand er aber doch langsam und schwerfällig auf, redete seine jungen, kräftigen Glieder und ging mit federnden Schritten aus dem Schatten der Linde in die Hitze hinaus. Da lag im weißen Chausseestaub eine Invalidenmütze, und neben seiner Drehorgel war der alte Mann, wohl ermattet vom Weg in der Sonne, niedergesunken.

So stark war der Junge, daß er links das Instrument und rechts den alten Invaliden nahm und beide unter den schüßenden Baumshatten trug. Dabei dachte er, daß die Orgel beinahe schwerer schien, als das vertrocknete Häuflein Mensch.

Der sah jetzt matt gegen einen Feldstein gelehnt und seufzte nach alter Leute Art tief und klagend mehrmals auf.

Der Junge sah ihn unverwandt an. In seinen schwarzen Augen stand es ganz deutlich: „Du bist auch so einer, einer von unserer Schattenseite!“ Aber er sagte nichts.

Die größte Hitze war wohl vorüber, als der Alte weiterwandern wollte. Aber sein ausgemergelter Körper war müde und schwach.

Weit und breit Nachmittagsstille. Regungslos lag das Kornfeld.

Da packte der Junge mit plötzlichem Entschluß die Drehorgel auf. Der Alte sah ihn an, als begriffe er nicht recht.

„Ich trag's.“

Jetzt nickte der Alte still mit dem weißen Kopf. Nach einigen Schritten zog er aber seinen Begleiter am Ärmel:

„Ich kan selber nit, äwer Jhr sollt de Hälf' häd han!“

Der Junge sah ihn an, maß die gebeugte Gestalt unbewußt mit den geringschätzender Augen der Jugend und der Kraft. Er schüttelte den Kopf.

„Doch“, beharrte der Alte eigensinnig, „eich ben en anständige Mensch, en —“ Sein Atem rasselte vor Aufregung in der eingesunkenen Brust.

Der Bagabund lachte über seinen Eifer und zeigte seine blanken Zähne. Einträchtig zog nun das ungleiche Paar fürbaß. Nur langsam kamen sie voran; alle zehn Schritte blieb der Alte trauend stehen. Der seine weiße Chausseestaub flog jedesmal, wenn einer der Füße sich wieder in die weichen Furchen senkte, in kleinen Wolken vor und neben ihren Schritten auf.

Der Junge hatte längst die Drehorgel herumgenommen und drehte sich ein Lied nach dem andern und piff dazu.

Die erste Willenstraße kam in Sicht. In dieser Stadt-richtung wohnten die reichen Leute. Natürlich waren die Gartentüren verschlossen. Man kann hier draußen nie vorsichtig genug sein!

Also blieben sie vor dem Gitter der schönen weißen Villa stehen. In der Straße war es sehr vornehm und sehr still. Deshalb machten die ersten gezogenen Töne des Walzers gleich Leben. An den Küchenfenstern sahen die Mädchen in ihren kleidsamen Hamburger Häubchen oder gar ein livrierter Diener heraus. Die warfen denn auch ein paar Kupfermünzen lachend herunter. Der junge Bagabund drehte die Orgel, als hätte er sein Lebtage nichts anderes getan. Vor sich hatte er den Knotenstock und darüber den zerrissenen Rock gelegt. Wenn er den Alten nach einem ungeschickt gemorsten Geldstück sich so mühsam hüden sah, dachte er trostlich, daß er ganz bestimmt nichts davon nehmen werde. Er würde schon irgendwo etwas zu essen bekommen und ans Schlafen draußen im Freien war er ja gewöhnt.

So froh und leicht war's ihm lange nicht gewesen. Ob das die lustigen Wieder machten?

Der abendliche Luftzug kam vom Garten her und brachte Duft von hochstämmigen Rosen mit. Und da sah er hinter den Rosen eine elegante, junge Frau auf der Loggia im Korbbesiel liegen. Ueber ihren Roman hinweg sumnte sie die Melodie vom Leierkasten in Gedanken mit. Der Alte kam mit seiner bittend vorgestreckten Invalidenmütze auch zu ihr an das Gartengitter.

Da nahm die elegante junge Frau das Buch wieder auf und tat, als ob sie lese. Einen Augenblick blieb der Alte noch stehen, dann ging er mit gesenktem Kopf weiter. Der kleine weiße Seidenpinscher mit der rosa Seidenschleife klaffte mit dünnem Stimmchen hinter ihm her.

Ehe der Junge sich wandte, sah er noch einmal zurück zu den Rosen und der eleganten Frau und dachte, daß das kurrische Heim wohl einen Groschen für den armen, alten Invaliden hätte übrig haben können. . .

„Es ist doch unglaublich, Eddi“, sagte die Dame ins Zimmer hinein, „diese Bettel mit der Drehorgel! Das dürfte der Staat nicht dulden. Der junge Bagabund könnte doch wohl auf andere Weise sein Brot verdienen und der Alte hätte gewiß Angehörige, die für ihn sorgen. . . Nein, Eddi, ich unterstütze diese Faulheit prinzipiell nicht! Die Leute können ja arbeiten!“ Mit leisem Säghen behnte sie die feinen Glieder im Korbbesiel.

Oben in der stillen, vornehmen Straße verklang die Melodie, die die gebenden Hände des Wanderburchen in ihrer Armseligkeit dem alten Invaliden zu Brot wandelten.

Volksharacters einen weitgehenden erheblichen Nachteil im Gefolge habe. Speziell bezüglich des letzteren Punktes heißt es dann in dem Rundschreiben weiter:

„Das Pflichtgefühl der eigenen Fürsorge-tätigkeit wird fortschreitend verringert und an Stelle der Mannhaftigkeit tritt ein Feminismus im öffentlichen Leben. Der alte Spruch: „Hilf dir selbst, so hilft dir Gott“ verliert an Geltung, obwohl er das einzig Richtige ist. So sehen wir als höchst unerfreuliche Folge der an sich berechtigten Sozialpolitik eine fortschreitende Verminderung des Pflichtgefühls und der Entschlossenheit in weiten Kreisen des Volkes. Diese Richtung muß auch auf die Wehrfähigkeit des Volkes schädlich einwirken. Es wächst ein schwächeres Geschlecht heran, das gegenüber den kräftigen und von der Sozialismusblase nicht angekränkelten Völkern des Ostens uns schwer Nachteil bringen muß. Ein Volk braucht Männer zur Aufrechterhaltung seiner politischen und nationalen Selbständigkeit, Männer, nicht Weiber. Unsere heutige Sozialpolitik führt aber notwendigerweise zur Weiberherrschaft, d. h. zu einer Herrschaft von Grundsätzen im öffentlichen Leben, die nicht männlichen, sondern weiblichen Eigenschaften entsprechen...“

Wären diese Herrschaften nicht mit Blindheit geschlagen und hätten sie den Willen, objektiv zu sein, dann müßten sie zugeben, daß es unter der Arbeiterschaft doch noch sehr viel gesunde Kraft und selbstbewußtes Fortwärtstreben gibt. Dafür sind die weitgehenden Selbsthilfebestrebungen der Arbeiterschaft sowohl auf gewerkschaftlichem und genossenschaftlichem Gebiete als auch auf dem Gebiete der Volksversicherung ein deutlicher Beweis. Aber gerade die Kreise, die in vorerwähntem Rundschreiben zu Worte kommen, sind ja die größten Gegner dieser Selbsthilfebestrebungen der Arbeiter, wenigstens soweit sie auf genossenschaftlichem Gebiete liegen. Sie sind es ja gerade, die in den gelben Gewerkschaften ein schwächliches und willenloses, nur auf Wohlstand und Almosen bedachtes Geschlecht systematisch heranzüchten wollen. Darum kann man es uns nicht verübeln, wenn wir ihre Kraxen gar nicht ernst nehmen. Diese scheinen uns lebendig von dem Weltreben distanz zu sein, den eigenen Geldbeutel zu schonen.

Ein sonderbares Prämiensystem

Ist in dem Betriebe der Firma Wagner u. Co. in Allersdorf b. Jittau eingeführt. Die Weber können in den Genuss einer dreifachen Prämie gelangen. Die Prämie 1 besteht in einem Lohnzuschlag von 50% für gute Ware, die Prämie 2 in einer Zulage von 50 Pfg. bis 2 M. pro Stück für „gute“ gelieferte Waren und endlich die Prämie 3 in einem Zuschlage von 50 Pfg. bis 1 M. pro Stück wiederum für gute Ware. Dieses sonderbare Prämiensystem hat noch eine Eigenart, nämlich in der Handhabung. Die 1. und 2. Prämie wird gleich nach Fertigstellung des Stückes ausbezahlt. Die Prämie 3 jedoch erst dann, wenn das Stück bereits zum Versand fertiggestellt ist. Wie das Organ des Hirsch-Dunderschen Textilarbeiterverbandes berichtet, ist es vorgekommen, daß Weber und Weberinnen zehn Wochen und noch länger warten mußten, ehe sie die Prämie, die doch nur einen Teil des Akkordlohnes darstellt, ausbezahlt erhielten. Verläßt ein Arbeiter während dieser Wartezeit den Betrieb, geht er eines Teiles seines Lohnes verlustig, denn in einem solchen Falle fließt die Prämie laut Arbeitsordnung in die Betriebskrankenkasse.

Das hat nun zu einer Klage Anlaß gegeben, der nach dem genannten Hirsch-Dunderschen Organ folgender Tatbestand zugrunde lag:

Eine Arbeiterin hatte z. B. bis September vergangenen Jahres 21 Stück Ware geliefert. Nun hörte sie in diesem Betriebe auf und verlangte auch die Prämien ausbezahlt. Diese wurden ihr vorenthalten mit der Motivierung, daß sie diese erst nach 10 bis 20 Wochen erhalten könne. Die Arbeiterin gab sich mit diesem Bescheid vorläufig zufrieden. Als die Zeit gekommen, fragte sie an und wurde ihr der Bescheid zuteil, daß die Firma nicht verpflichtet sei, nachdem sie nicht mehr bei ihr arbeite, die Prämie auszus zahlen. Die Arbeiterin war damit nicht einverstanden und wandte sich an das Gewerbegericht. Es fand nun am 2. Juli d. J. in dieser Sache Termin an. Der Direktor der Firma machte in diesem geltend, daß von der Firma mit den Vorstandsmitgliedern ihrer Betriebskrankenkasse eine mündliche Vereinbarung getroffen worden sei, daß, wenn eine Arbeiterin in dem Betrieb aufhört zu arbeiten, die noch an sie zu zahlende Prämie der Krankenkasse zufällt. Diese Abhandlung bestimme schon seit dem Mai 1913. Er fügte noch hinzu, daß es zwar durch Anschlag oder durch die Betriebsstatuten den Arbeitern nicht bekannt gemacht worden sei, dieses sei aber auch nicht nötig, denn die Prämie sei nur ein Geschenk der Firma.

Nach mehr als einstündiger Verhandlung wurde ein Vergleich geschlossen und erklärte sich die Firma bereit, sofort 13,00 M. an die Arbeiterin zu zahlen, welche 15,75 M. gefordert hatte. Hoffentlich trägt Obiges dazu bei, daß die Firma mit diesem unwürdigen System bricht, lieber den Arbeitern einen auskömmlichen Lohn zahlt, was auch der Vorsitzende des Gewerbegerichts dem Herrn Direktor mit auf den Weg gab. Die Arbeiterschaft müßte auch selbst zur Einsicht kommen, daß diese Verhältnisse für sie unersitzliche sind und entschieden eine Abwehr bedürfen.

Alles in Ordnung.

Die Bauern verdienen nichts am Vieh. Die Viehhändler verdienen, daß sie im Fettviehhandel höchstens mit einem Gewinn von 1% rechnen könnten, und nun haben unlängst auch noch die Metzger auf dem allgemeinen Fleischartage erklärt, daß sie mit einem ganz mäßigen Gewinn arbeiteten. Auf diesem Fleischartage, der in Danzig tagte, führte der Obermeister Falk aus Mainz

aus, die im vorigen Jahre veranstaltete Reichs-Enquete über die Zustände im Vieh- und Fleischhandel habe zu einem für das Fleischartgewerbe günstigen Ergebnis geführt. Es sei festgestellt worden, daß „durch das Fleischartgewerbe, wie es heute handwerksmäßig betrieben wird, keine ungewöhnliche Steigerung der Fleischpreise herbeigeführt wird, daß dagegen die Wünsche der Konsumenten bessere Berücksichtigung finden als bei anderen Versuchen der Fleischversorgung.“ („Kölnische Zeitung“, 25. Juni 1914.)

Das deutsche Fleischartgewerbe, so sagte der Redner weiter, habe sich dank seiner Organisationen den Anforderungen der Fleischversorgung angepaßt wie in keinem anderen Lande der Welt.

In diese Lobeshymne auf das deutsche Fleischartgewerbe werden die Konsumentenmassen keinesfalls einstimmen können. Wenn die amtliche Erhebung über die Zustände im Fleischhandel in diesem Jahre veranstaltet worden wäre, würde das Ergebnis zweifellos ganz anders ausgefallen sein. Die Viehpreise sind erheblich heruntergegangen, die Fleischpreise aber künstlich auf der Höhe der vorjährigen Leuerung gehalten worden. Die Viehzucht treibende Landwirtschaft klagt über unrentable Viehzucht, die Viehhändler haben kürzlich auf ihrem Verbandstag in Köln behauptet, daß sie kaum 1% beim Fettviehhandel hätten, und trotzdem müssen die Fleischverbraucher Preise bezahlen, die für die minderbemittelten Volksmassen fast unerträglich sind. Wenn der Hauptredner des Deutschen Fleischartages nun trotzdem behauptet, daß sich das deutsche Fleischartgewerbe den Anforderungen der deutschen Fleischversorgung angepaßt habe wie in keinem anderen Lande der Welt, so kann das schließlich nur für die Interessenpolitik der Metzgerzunft Geltung haben. Die Konsumenten können mit dieser Anpassungsfähigkeit des Fleischartgewerbes nicht zufrieden sein, müssen im Gegenteil nach wie vor die Forderung aufrecht erhalten, daß die große Spannung zwischen Viehpreisen und Fleischpreisen durch Herabsetzung der letzteren baldigt und gründlich ausgeglichen wird.

Arbeiter und Republik.

„Das republikanische Staatsideal gilt bei allen, die sich zur Sozialdemokratie bekennen, als eine absolute Selbstverständlichkeit. Jeder Sozialdemokrat wird es als eine Forderung auffassen, wenn man seinen Republikanismus bezweifelt.“ Das glaubte die rote „Leipziger Volkszeitung“ noch vor wenigen Tagen, in ihrer Nr. 162 vom 17. Juli, feststellen zu müssen. Der Gedankengang der sozialdemokratischen Massen ist folgender: In einem Staate mit monarchischer Verfassung können die Arbeiter nicht zu ihrem Recht kommen. Denn hier ist die Regierung nichts anderes als der „Auschuß der herrschenden Klassen zur Unterdrückung der Arbeiterschaft“. Die Abschaffung des Königtums führt unmittelbar auch zur Beseitigung aller sozialen Not. Deshalb muß die heutige Staatsordnung gestürzt und an ihre Stelle die Republik errichtet werden. Von der Republik erhoffen und erwarten die roten Massen alles Heil.

Daß diese Hoffnung aber völlig unbegründet ist, das muß auch die „Leipziger Volkszeitung“ in der erwähnten Nummer eingestehen:

„Aber gerade diese Jahre (1848 und 1871) mit ihren revolutionären Ereignissen zeigten aufs deutlichste, wie wenig die demokratische Republik die Hebung der sozialen Not, die Ungleichung der sozialen Gegensätze mit sich bringt. Und das selbe sehen wir an den heute bestehenden Republiken bestätigt. Frankreich, die Schweiz, die Vereinigten Staaten von Nordamerika sind in ihrem ganzen Wesen gründlich verschieden, aber in keiner von diesen Republiken sind die sozialen Rechte des Proletariats wesentlich besser gewahrt, als in den benachbarten Monarchien, und in keiner von ihnen braucht die Brutalität der Herrschaft der besitzenden Klassen den Vergleich mit den Verhältnissen in monarchischen Ländern zu scheuen. Ja, fast möchte man meinen, solche blutige Verhältnisse wie die kaltherzige Niedermordung Streikender in Colorado oder in Grand Pré seien in Monarchien wie England und Deutschland unmöglich.“

Das, was das Leipziger Genossenblatt hier ausführt, ist nur eine Seite der Frage. Andere, noch gewichtigere Gründe sprechen gegen die Republik und für die monarchische Verfassung. Wenn das monarchische Deutschland allen anderen Ländern, auch den Republiken, in der staatlichen Arbeiterfürsorge bahnbrechend voranging, dann ist das nicht in letzter Linie der tatkräftigen Initiative unseres Kaisers zu danken. Nicht das Arbeiterinteresse verlangt die Republik, sondern das Interesse der sozialdemokratischen Partei.

Pfändungsfreie Geldforderungen.

Nach § 850 der Zivilprozessordnung sind der Pfändung nicht unterworfen: der Arbeits- oder Dienstoff, in der Regel bis zum Gesamtbetrag von 1500 M.; die auf gesetzlicher Vorschrift ruhende Alimentenforderung; die fortlaufenden Einkünfte, welche ein Schuldner aus Stiftungen oder sonst auf Grund der Fürsorge und Freigebigkeit eines Dritten bezieht, insoweit der Schuldner diese zur Bestreitung des notwendigen Unterhalts für sich und die Seinen bedarf; die aus Kranken-, Hilfs- oder Sterbefällen, Knappschaftskassen zu beziehenden Leistungen; die Invalidenpensionen der Unteroffiziere und Soldaten; das Dienstentkommen der Militärfürsorge; die Pensionen der Wittwen und Waisen, sowie die Pensionen invalider Arbeiter. Uebersteigen die letzteren den Betrag von 1500 M., so ist der dritte Teil des Mehrbetrags der Pfändung unterworfen.

Durch Beschluß des Reichstags ist nun dem § 850 der ZPO. in Absatz 1 eine Nr. 9 beigelegt worden, welche die Zustimmung des Bundesrats gefunden und in Nr. 38 des „Reichs-Gesetzblatt“ eben veröffentlicht wird. Darnach sind die Aufwandsentschädigungen für

soldatenreiche Familien, 240 M. jährlich für jeden Sohn, nachdem von den vorausgehenden Söhnen bereits eine Gesamt-Militärdienstzeit von sechs Jahren zurückgelegt worden ist, ebenfalls unpfändbar. Der diesbezügliche Artikel lautet: „Der Pfändung sind nicht unterworfen: die Aufwandsentschädigungen, die auf Grund der Bekanntmachung des Reichskanzlers, betreffend Aufwandsentschädigungen an Familien für im Reichsheer, in der Marine oder in den Schutztruppen eingestellte Söhne vom 26. März 1914 gewährt werden.“

Die Fraktion der Ohnmacht.

Der ausrangierte sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Vorchard hat die Herausgabe einer neuen Monatschrift begonnen, die er recht bescheiden „Achtstrahlen“, monatliches Bildungsorgan für denkende Arbeiter nennt. Den einleitenden Artikel bekennt er mit der vielversprechenden Ueberschrift: „Neue Wege“. Die neuen Wege sind nun recht alt und ausgetreten. Bemerkenswert in dem Artikel ist nur das Eingeständnis der vollständigen Ohnmacht der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Der Verfasser der neuen Wege weist einleitend auf die große Arbeitslosigkeit hin, die trotz der Sommerzeit mit unverminderter Stärke weiterwüthet. Die Zwei-Tage-Debatte im Reichstag über die Arbeitslosigkeit sei total fruchtlos gewesen, und da frage sich mancher:

„Was nützen uns denn eigentlich die 111 sozialdemokratischen Abgeordneten, wenn die Zustände trotz ihres Lebens genau so bleiben wie zuvor? Man kann sie nicht schelten, die so reden, sie sind verzagt, weil der Hunger quält, und sie sind enttäuscht, weil sie zu viel erwartet haben. Wer von den 111 Abgeordneten etwas erwartete, was sie nicht leisten können und was auch gar nicht ihres Amtes ist, der soll sie nicht schelten, wenn sie es nun nicht vollbracht haben.“

Zu diesem Vorchard'schen Eingeständnis bemerkt die ultra-sozialistische „Einigkeit“, das Organ der Anarcho-sozialisten, mit vollem Recht:

„Als der Wahlsieg im Jahre 1912 „erlämpft“ war und die Sozialdemokraten mit 110 Abgeordneten in den Reichstagspalast sich häuslich niederließen, da herrschte hoffnungsvolle Stimmung von einem Ende Deutschlands bis zum andern bei den sozialdemokratischen Wählern. Ja, Tausende wiegten sich in dem Traume, die ersehnte neue Zeit rücke an. „Die Freiheit sitzt auf dem Thron“, so schrieb ein gewerkschaftliches Organ. Und wehe dem, der damals in die siegesstammelnden Massen laut hineingerufen hätte: „Erwartet nichts von den 110 Vertretern eures Schicksals, sie können nichts leisten!“, der wäre geviertelt worden.“

Natürliche Farbstoffe.

Die Vorliebe vieler Praktiker für die Naturfarbstoffe ist keineswegs gleichbedeutend mit einer vorfälligen Abneigung gegen die künstlichen Farbstoffe (gemeint sind hiermit die Anilinfarbstoffe und deren Derivate). Mitunter erfolgt die Verwendung der natürlichen Farbstoffe mit Rücksicht auf den ausgemessenen Preis des Erzeugnisses; den wesentlichsten Beweggrund bildet jedoch meist die Tatsache, daß die mit natürlichen Farben hergestellten Färbungen schöner und fatter werden oder sachlich ausgedrückt, mehr Körper, mehr Blume haben. Gegenüber den Erzeugnissen der modernen Farbenindustrie erscheint es rückwärtlich mit den alten Naturprodukten zu arbeiten, es existieren jedoch eine Reihe Artikel, die, wenn sie allen Anforderungen entsprechen sollen, d. h. eine bestimmte Nuance aufweisen, dabei aber ein bestimmter Kostenpunkt nicht überschritten werden soll, die Naturfarbe als einziger Ausweg verbleibt. Bisher wird zum Vergleiche das alte Chromgelb oder auch das Catechubraun heran, so finden wir kaum einen künstlichen Farbstoff, mit dem man mit denselben Kosten die Färbung in gleicher Fülle der Nuance herstellen könnte. Ähnlich verhält es sich mit der schwarzen Farbe. Das auf Baumwolle viel benutzte Kaltschwarz ist zwar kein besonderes echtes Schwarz, aber in vielen Fällen ist dieses ausreichend und zu gleich billigem Preise ist diese Färbung mit keinem künstlichen Farbstoff herzustellen. Die mit einem billigeren direkten substantiven Farbstoff erzeugten Färbungen erreichen in der Regel nicht die Fülle und Blume einer sachgemäß angewandten Blauholzfarbe. Mit den Schwefel- sowie den Entwicklungsfarbstoffen sind zwar in Schwarz schöne und tiefe Nuancen zu erzielen, aber bei manchen Artikeln schließt der relativ hohe Preis die Verwendung dieser Farbstoffe aus. Da in der Kleiderfärberei in der Hauptsache gemischte Stoffe zur Färbung kommen, ist das Operieren mit künstlichen Farbstoffen vom wirtschaftlichen sowohl als auch technischen Standpunkte durchaus geboten. Auch bei einigen Spezialartikeln, die oft in größeren Mengen hergestellt werden müssen, sind es die nämlichen Gründe, die zur Anwendung der natürlichen Farbstoffe führen.

Infolge der großen Fortschritte der gesamten Färbereitechnik, die vielleicht die bedeutendsten auf dem Gebiete der chemischen Technik genannt werden können, tritt das Bestreben immer mehr hervor, die bisher dem Tier- und Pflanzenreiche entnommenen Farbstoffe, durch solche der chemischen Industrie zu ersetzen. Obwohl nun infolge dieser Entwicklung der Verbrauch organischer Farbstoffe sehr wesentlich eingeschränkt wurde, ist ein erheblicher Teil derselben gegenwärtig noch unentbehrlich und einzelne werden ihren Platz wohl dauernd behaupten. Aus diesem Grund ist hier versucht worden, die Grundzüge des Wesens der organischen Farbstoffe aus dem Tier- und Pflanzenreiche dem Praktiker vor Augen zu führen.

Die Bezeichnung „künstliche“ und „natürliche“ Farbstoffe ist in erweiterter Gesichtskreise gewissermaßen eine willkürliche, denn die Anilinfarbstoffe sind in Wirklich-

leit ebenfalls Pflanzenprodukte der ungeheuren Wälder der Urzeit. Die Farbstoffe sind in den Jahrtausenden im Innern der Erde allmählig umgewandelt worden und zeigen heute eine für unsere Begriffe wunderbare Beschaffenheit. Aber auch einige natürliche Farbstoffe bedürfen, um gebrauchsfähig zu werden, einer Umwandlung, die durch chemische Behandlung erreicht wird.

Eine Ausnahme macht in diesem Falle der Indigo, weil das künstliche Produkt wohlfeiler und bei der Verarbeitung bequemer ist. In den meisten größeren Färbereien sind natürliche Farbstoffe kaum noch in Anwendung, weil mit den künstlichen allen Anforderungen entsprochen werden kann, aber deswegen sollte ersteren nicht jede profühe abgesprochen werden. Die Bezeichnung „künstlich“ ist auch bei unserem wichtigsten natürlichen Farbstoff, dem Indigo, nur durch die Umwandlung des Naturproduktes entstanden.

Die Indigofärberei war bereits in den entlegensten Zeiten des Altertums bekannt und wurde wohl zuerst in Indien, der Heimat der Indigopflanze, wahrscheinlich in der Form einer prälimären Gärungsläuge geübt. Schon die alten Juden bauten Indigo an, und noch um 1320 nach Christi blühte die Indigokultur in Jericho. Plinius berichtet von einem blauen Farbstoff, der nach dem Purpur im höchsten Ansehen stehe und aus Indien komme; er erwähnt auch den roten Dampf, den der Indigo beim Erhitzen ausstößt und erzählt von mannigfachen Anwendungen des Stoffes, selbst in der Medizin. Auch den alten Griechen war der Indigo bekannt. In Deutschland benützte ihn zuerst die Italiener als aber die Holländisch-Ostindische Kompagnie durch starke Einfuhr die ausgedehntere Anwendung beförderte, fühlten sich die heimischen Waidfabrikanten bedroht und wußten es durchzusetzen, daß die Einfuhr des Indigo verboten wurde. Unter der Regierung Elisabeths wurden die im Lande befindlichen Vorräte vernichtet. In Deutschland erfolgte das erste Verbot 1577 von Frankfurt aus und wurde 1654 von Ferdinand III. erneuert. Die Verfolgung des Indigo erklärt sich lediglich aus der Unkenntnis der Färberei. Durch gleichzeitige Bitrolbehandlung wurde die Haltbarkeit der Stoffe verringert. Verschiedentlich wurde der Indigo anfangs auch in Schwefelsäure gelöst und so mit dieser „ausländischen Teufelsware“ manches Stück verdorben. Den wesentlichsten Einfluß auf die Verordnungen der Behörden hatte aber zweifellos die Agitation der Waidbauern. Im Jahre 1650 wurde der Gebrauch des Indigo in Sachsen bei Todesstrafe verboten. In Nürnberg mußte jeder Färber jährlich den Eid erneuern, keinen Indigo zu gebrauchen, die Uebertretung war gleichfalls mit Todesstrafe bedroht. In Frankreich erhielten die Färber erst im Jahre 1737 die Erlaubnis, jedes beliebige Färbemittel anzuwenden. Von nun an versuchte man die Kultivierung des Indigo in allen Staaten, sogar Rußland bemühte sich, ihn in Transkaukasien heimisch zu machen. Die Hauptbezugsquellen blieben aber Ost- und Westindien und Zentralamerika (Guatemala). Mannigfache Versuche, den Indigo durch andere Pflanzen, die man kultivierte, zu ersetzen, z. B. den „Färberknöterich“, Indigobuchweizen oder chinesischer Indigo, der aus China stammt, mißlang. Die unbedeutende Ausbeute bereitete jede ernsthafte Konkurrenz.

Das Indigoblau findet sich von Hause aus in der Pflanze nicht in farbigem Zustande vor, es bildet sich vielmehr erst durch Zerlegung des im Saft enthaltenen Stoffes mittels der Gärung, wenn frische Pflanzen verwendet werden; bei getrockneten wird die Gewinnung des Farbstoffes durch Zerkleinerung und Auslaugung bewirkt. Der Indigo enthält außer dem blauen einen roten und einen braunen Farbstoff und kann außerdem in einen gelben, die Petrosäure, verwandelt werden.

Eine Pflanze, die Jahrhunderte zur Blaufärbung kultiviert wurde, ist der Waid. Heute dient er nur noch zur Unterfütterung der Indigofärberei, zur Stellung, der sogenannten Waidläuge.

Aus unserer Industrie.

Aus der deutschen Kattunindustrie.

Die Kattunfabrik „Siegfeld“ (vorm. Rolfs u. Cie.) in Siegburg hat die Einstellung ihres Betriebes angekündigt. Dazu wird nun gemeldet: Dem Unternehmen nach ist zwischen den Firmen Schlieper und Baum in Elberfeld, der Württembergischen Kattunmanufaktur in Heidenheim und der Kattunfabrik Siegfeld in Siegburg eine Vereinbarung getroffen worden, nach der die Fabrikation von bedruckten Kattunen mit Beendigung der laufenden Saison von der Kattunfabrik Siegfeld ausschließlich auf die beiden erstgenannten Firmen übergeht. Die Herstellung von Tüchern wird dadurch nicht berührt.

Einschränkung des Betriebes im internationalen Baumwoll-Großgewerbe.

Die Verschlechterung der gewerblichen Lage in fast allen Ländern hat neuerdings wiederum Veranlassung gegeben, die Frage einheitlichen internationalen Einschränkungen des Betriebes der Baumwollspinnereien zu erörtern. Die Durchführung derselben erscheint jedoch unmöglich. Die Verarbeiter von amerikanischer Baumwolle in England haben sich grundrißlich dafür erklärt, in den Monaten August und September 166 Stunden zu feiern. In Belgien arbeitet man um mindestens 10% weniger, während in Oesterreich „organisierte“ Verkürzung der Arbeit bisher noch nicht beschlossen worden ist, freiwillige Pausen aber schon seit längerer Zeit in der Spinnerei stattfinden. In Deutschland werden Stimmen laut, welche Einschränkung der Erzeugung fordern, der man auch in Holland, Spanien und Portugal nahegetreten ist. Die russischen Spinner lassen schon seit

einiger Zeit weniger Spindeln laufen. An frühere Abmachungen bezüglich der Einschränkung des Betriebes sind die italienischen Spinner gebunden. Mit erheblich verkürzter Arbeitszeit wird in Japan gearbeitet, was auch von Indien und teilweise von den Vereinigten Staaten von Amerika gilt.

Keine Spekulation in amerikanischer Baumwolle mehr.

Das Repräsentantenhaus der Vereinigten Staaten in Washington hat einen Gesetzentwurf angenommen, der das Börsenspiel in Baumwolle verbietet und die amerikanische Baumwollbörse unter staatliche Aufsicht stellt.

Wenn wir nicht irren, hat das Parlament der Vereinigten Staaten schon mal mehr ähnliche Gesetzentwürfe angenommen und danach haben sich die meisten Spekulationen in Baumwolle an den amerikanischen Börsen wiederholt. Es schied nämlich immer an der Aus- und Durchführung. Und darum erwarten wir auch von dem neuen Gesetze vorläufig keine Besserung.

Die Lausiger Textilindustrie

Ist kein eng geschlossenes, abgegrenztes Gebiet. Es umfaßt hauptsächlich verschiedene Kreise des Regierungsbezirks Frankfurt. Im folgenden sind die wichtigsten Kreise aufgeführt, und zwar die Zahl der Betriebe und die Zahl der Beschäftigten in den Jahren 1895 und 1907. Dem Textilgewerbe gehörten an in den Kreisen:

	1895	1907	Betriebe	Beschäftigte
Krossen	135	1915	76	2 148
Guben (Stadt)	68	2 356	77	2 473
Kottbus (Stadt)	218	6 675	151	7 091
Forst	955	14 980	454	11 105
Sorau			655	5 027
Spremberg	247	3 651	137	4 088

Für das Jahr 1907 ergaben sich in den aufgeführten Kreisen 1580 Betriebe mit 31 882 Beschäftigten. Gegen 1895 hat die Zahl der Betriebe sehr erheblich abgenommen, während die Beschäftigtenziffer gestiegen ist. Allerdings ist die Zunahme der letzteren lange nicht so stark wie in anderen Textilbezirken. In der Lausitz ist hauptsächlich die Tuchindustrie zu Hause, wobei es sich meist um mittlere Betriebe handelt. Mitte des vorigen Jahrhunderts gab es im Regierungsbezirk Frankfurt zwischen 6 und 7000 Webstühle für Tücher und Zeug aller Art. Nach der Rheinprovinz hatte Brandenburg die meisten Tuchfabriken, aber sie waren damals schon durchschnittlich von kleinerer Art als die Fabriken am Rhein. In den sechziger Jahren beschäftigten die Tuchfabriken 3321 Stühle, darunter erst 120 mechanische und 5181 Arbeiter. Am dichtesten waren die Betriebe damals schon in Forst-Sorau, wie es ja auch heute noch der Fall ist. Es folgten dann der Reihe nach Kottbus, Spremberg, die Stadt Guben, endlich Krossen.

Das Scheren von Leinwand- und Jutegeweben.

Die gröberen Leinen, Halbleinen und Jutegewebe werden in der Appretur geschoren, um ein besseres Aussehen zu erhalten. Die aus Baumwolltette und im Schuß aus Jute hergestellten Gewebe erhalten nach dem Scheren ein halbleinenartiges Aussehen. Durch das Scheren werden ebenso wie beim Sengen die auf der Oberfläche des Gewebes hervorstehenden Fäserchen entfernt. Beim Sengen werden die feinen Fäserchen allerdings bis in das Gewebe hinein zerstückt, was beim Scheren nur bis zur Gewebefläche geschieht, und zwar soweit das oder die Schermesser eingestellt worden sind. Hingegen werden beim Sengen die an dem Gespinnt noch haltenden und somit in das Gewebe gelangten Schaben oder Schalen bei Baumwollgarnen nicht entfernt. Derartige Unreinigkeiten sind besonders bei Jutegeweben und solchen Geweben anzutreffen, die mit Loro- oder Wergarn beschossen sind. Für diese Gewebe eignet sich demzufolge das Sengen weniger, und man wendet vorteilhafter das Scheren an. Man erzielt auf diese Weise eine reine und gleichmäßige Gewebefläche, und der etwa noch stehende Flaum übt auf den vollen Griff des Gewebes einen guten Einfluß aus. Die Maschinen für diesen Zweck weichen von den Schermaschinen für Tuche in ihrer Konstruktion ab. Die Maschinen haben in der Regel eine größere Schnittbreite, da man die Gewebe, welche darauf behandelt werden, in größeren Breiten herstellt. Die Schneidzeuge sind denjenigen der Tuchschermaschinen fast gleich. Man hat die Zylinder meistens zu 75 cm Durchmesser mit 8 bis 12 Messern. Letztere sind in spiralförmigen Windungen aufgezogen. Die Messer hoben auf 50 bis 75 cm je einen Schraubengang. Die auf dem Zylinder aufgezogenen Spiralmesser arbeiten gegen ein Untermesser von 2-3 mm Dicke. Sie werden mit diesem zusammen eingeschlossen. Die Untermesser sind nicht vollkommen ausgeschliffen, und es bleibt 1/4 bis 1/2 mm stehen.

Das die Schneidzeuge passierende Gewebe nimmt seinen Weg über eine Unterlage, den sogenannten Tisch. Dieser hat eine andere Form wie diejenige der Tuchschermaschine. Die Tuche werden in der Regel nicht bis auf den Gewebegrund geschoren, sondern die Fäden nur mehr abgepöht, damit möglichst wenig Wolle verloren geht und eine gleichmäßige Decke erreicht wird. Die Jute- und Leinengewebe werden jedoch laß geschoren, d. h. die Fasern werden nicht nur abgepöht, sondern möglichst nahe an der Gewebefläche abgeschoren. Dabei liegt nun die Gefahr nahe, daß die in den Gewebefäden vorhandenen Unebenheiten (dicke Stellen) mit von den Messern erfasst und angeschnitten werden, wodurch schadhafte Stellen oder gar Löcher im Gewebe entstehen können. Diesem Umstande muß bei der Konstruktion des

Tisches der Maschine Rechnung getragen werden. Die Ware passiert zwei Auflagestellen, zwischen denen ein Hohltisch gebildet wird. Die Messer passieren das Gewebe in der Mitte des Abstandes der beiden Auflagestellen, oder mit anderen Worten: in der Mitte des Hohltisches wird das Gewebe von den Messern in Angriff genommen. Der Stoff liegt an dieser Stelle nicht auf und ist elastisch genug, damit die ungleichen Stellen im Gewebe einigermaßen ausweichen können. Die Gewebe werden meistens bedseitig geschoren. Man kann das Gewebe die einfache Schermaschine zweimal passieren lassen, wobei man das Gewebe beim zweiten Male umwendet oder aber, was vorteilhafter ist, man wendet eine Schermaschine mit zwei Schneidzeugen an, von denen das eine die obere und das andere die untere Gewebeseite bearbeitet. Beim Passieren des Gewebes auf der Schermaschine gelangt das Gewebe zuerst über einige Streichriegel, um die erforderliche Spannung zu erhalten, und dann zum ersten Schneidzeug über den ersten Tisch. Dann gelangt das Gewebe zum zweiten Tisch, wo es vom zweiten Schneidzeug bearbeitet wird. Zwei Walzen bewirken den Transport des Gewebes. Die Schneidzeuge sind einstellbar gelagert, wodurch die Einwirkung der Messer noch Bedarf geregelt werden kann. Beim Einführen des Gewebes oder beim Passieren von Stellen, an denen zwei Gewebestücke zusammengeknüpft sind, werden die Schneidzeuge von den Tischen abgerückt, was mittels eines Hebels geschieht.

Aus dem Verbandsgebiete.

Arbeitslosen-Berichterstattung.

Am Samstag, den 25. Juli war Arbeitslosen-Stichtag für den Monat Juli. Alle an diesem Tage arbeitslos gewesenen Mitglieder in der Ortsgruppe sind zu zählen und über das Resultat der Zählung ist der Zentrale auf den hierfür vorgesehenen grauen (Monats-) Berichtskarten zu berichten. Spätestens vier Tage nach Schluß des Monats müssen die Berichtskarten an die Zentrale eingekandt sein. Man vergesse nicht die Angabe der genauen Mitgliederzahl der Ortsgruppe in der ersten Rubrik der Berichtskarte. Die Ortsgruppenvorstände werden gebeten, dafür zu sorgen, daß die Berichterstattung überall und rechtzeitig erfolgt, damit Mahnungen nicht erforderlich werden.

Die Zentrale.

Röbling-Prozess.

Der Prozess gegen Röbling wird in der ersten Hälfte des Oktober vor dem Düsseldorf'scher Schöffengericht zur Verhandlung kommen. Trotz allen wiederholten, ernstlichen Bemühungen des R-Regen Schiffer und seines Rechtsanwaltes war es leider nicht möglich, einen früheren Termin zu erreichen.

Stimmen zur Verbandsgeneralversammlung.

In No. 28 Seite 222 unseres Organs stellt die Kollegin Elisabeth Blum, St. zum Schluß ihres Aufsatzes die Frage: Läßt sich denn kein anderer Weg finden, um auch die Kolleginnen bei den Wahlvorschlägen zu berücksichtigen? Darauf möchte ich antworten: Die zur diesjährigen Verbandsgeneralversammlung gewählten Kolleginnen möchten auf der Generalversammlung im Interesse sämtlicher Kolleginnen dafür eintreten, daß ein diesbezüglicher Antrag Kottbus genügende Beachtung findet. In diesem Antrage wird verlangt, daß sich sämtliche als Delegierte vorzuschlagene Kolleginnen und Kollegen an einem Orte versammeln und das Loos ziehen. Wer das Los No. 1 zieht wird Delegierter, die übrigen Nummern gelten der Reihe nach als Ersatz. Wenn sich bei diesem Wahlmodus die Kolleginnen am Vorschläge machen lebhaft beteiligen, dann wird die Vorsetzung schon dafür sorgen, daß eine genügende Anzahl von Kolleginnen zur Verbandsgeneral-Versammlung kommen. Das ganze Wahlgeschäft wird dadurch vereinfacht und es wird dem Verbands durch viel Geld erhalten, das 40000 Stimmzettel und ebensoviel Umschläge nicht benötigt werden. Es würde mich freuen, wenn die gegnerischen Stimmen schon vor der Generalversammlung sich im Organ äußern würden.

Paul Schreitmüller, Cottbus.

Wenn ich das Wort zur Diskussion in unserem Verbandsorgan ergreife, so geschieht es um einen berechtigten Wunsch von Mitgliedern der „Außenbezirke“ um Ausdruck zu bringen. Es wird wohl schon manchen aufgefallen sein, daß die Bezirke in Mittel- und Süddeutschlands fast nur durch ihre Beamten auf der Verbandsgeneralversammlung vertreten sind. Das hat seine Ursache hauptsächlich darin, daß diese Verbandsgebiete eben fast genau so viele Beamte haben, als sie Delegierte zu Verbands-General-Versammlungen entsenden. Da nun aber die Verbandsbeamten doch wohl das meiste Interesse an der Generalversammlung haben, dabei aber doch die Lokalbeamten ohne Delegation keinen Zutritt zu derselben besitzen, so ist es die moralische Pflicht der Mitglieder, die Lokalbeamten zu delegieren. Die Mitglieder selber sehen von dieser Veranstaltung nichts. Es wäre demnach von der Generalversammlung in Freiburg gewiß nur ein Akt der Gerechtigkeit, wenn sie beschließen würde, daß künftig nicht nur die Bezirksleiter, sondern alle Verbandsbeamten freien Zutritt zur Generalversammlung hätten. Damit würde auch der oft gehörte Vorwurf, daß unsere Verbandsgeneralversammlungen nur Beamtenkonferenzen seien, am besten aus der Welt geschafft. Doch auch den Lokalbeamten wäre damit entgegen gekommen; brauchen sie sich doch nicht erst zu bemühen, eine Delegation zu bekommen. In einigen anderen Verbänden hat man diese Einrichtung schon seit Jahren.

Marktredwitz.

P. F.

Wie in No. 24 unseres Verbandsorgans mitgeteilt wird, beantragt der Zentralvorstand keine wesentlichen Umänderungen des Statuts bei der diesjährigen Generalversammlung. Ich begrüße dieses sehr, obwohl ich der Ansicht bin, daß noch manches im Statut verbesserungsbedürftig ist. Wir müssen aber doch endlich mal dazu kommen, daß wir uns in Ruhe entfalten können. Einverstanden bin ich mit der Abschaffung der konfessionellen Arbeiterinnenzeitungen, wenn für die Kolleginnen in unserem Verbandsorgan mehr geschrieben wird. Dieses könnte auch ganz gut ohne Erhöhung der Kosten für das Organ durchgeführt werden, etwa indem eine Seite für die Kolleginnen geschrieben wird. Den Verbandsausschuß, der in den Jahren seines Bestehens nicht den Nachweis von der Notwendigkeit seiner Existenz erbracht hat, kann die Generalversammlung nur ruhig wieder zu Grabe tragen. Unsere Ortsgruppe stellt auch einen diesbezüglichen Antrag. Hoffentlich tun es noch mehr Ortsgruppen. Förderung der Agitation ist dann ja auch eine der wichtigsten Aufgaben der Generalversammlung, diese neu zu beleben halte ich für außerordentlich wichtig. Denn wir brauchen vor allen Dingen größere Massen, um unseren Aufgaben gewachsen zu sein. Es ist dann auch alles wegzuräumen, was der Agitation hinderlich ist. Vor allem auch ist notwendig Hebung des Vertrauens zwischen Führern und Mitgliedern. Leider gibt es ja solche Mitglieder, die können von den Beamten nur das sehen, was sie nicht getan haben. Wenn in dieser Beziehung hier oder dort etwas nicht in Ordnung sein sollte, so ist es Pflicht der Generalversammlung, hier nach dem Rechten zu sehen. Wenn so alle Hindernisse aus dem Wege geräumt sind, muß in diesem Herbst und Winter mit einer planmäßigen Agitation eingesezt werden. Ich denke da besonders an Revierkonferenzen, Abteilungsbesprechungen usw. Vornehmlich sind es da die Spinnerinnen, wo in dieser Beziehung noch vieles getan werden kann. Erfreulich ist ja, daß der Zentralvorstand schon jetzt mit Bezirksbranchenkonferenzen einsezt. Aber diese Konferenzen haben nur dann einen vollen Erfolg, wenn dieselben gute Unterlagen haben und in den einzelnen Ortsgruppen ihre Fortsetzung finden. Gewinnung der Jugend ist da auch äußerst wichtig, und wer hier Erfolg haben will, muß sich in die Gedankengänge der Jugend einarbeiten. Dann aber auch dürfen sich die Ortsgruppen nicht so sehr mit solchen Sachen befassen, die Aufgaben des Kartells sind, wo ein solches besteht. Wenn die Ortsgruppen dieses alles selbst machen wollen, so werden die einzelnen Kräfte zu sehr in Anspruch genommen und die ureigenste Aufgabe, Förderung der Agitation, bleibt vergessen. Möge die kommende Generalversammlung uns den Weg zeigen und möge sie auch die alte Begeisterung wieder wecken, die uns not tut, um wieder vorwärts zu kommen mit unserer Bewegung.

Greven i. W.

r.

Nach dem einleitenden Artikel in No. 24 zur Generalversammlung scheint unsere Zentraleitung der Auffassung zu sein, daß die diesjährige Generalversammlung möglichst wenig an den bestehenden Bestimmungen herumdozieren soll. Die Hauptaufgabe soll vielmehr auf die innere Erklarung und weitere Ausbreitung des Verbandes gerichtet sein. Dieses ist nur zu begrüßen, da in der Regel besonders die Beitrags- und Unterstützungsfrage manches Mitglied nervös macht und dadurch der Agitation manches Hindernis in den Weg gelegt wird.

M. E. ist aber auch eine allgemeine Beitragserhöhung, verbunden mit einer Erhöhung oder Reduzierung der Leistungen, noch keine dringende Notwendigkeit. Wer höhere Leistungen beansprucht, kann sich diese nach den jetzigen Bestimmungen schon leicht verschaffen. Wer die Tabelle auf Seite 7 des Statuts nur in etwa beachtet, wird ohne Erläuterung und ohne viel Kopfschmerzen den Wert der höheren Beitragsklassen schon leicht herausfinden. Wiewohl nicht nur allein seitens des Zentralvorstandes, sondern auch wohl unter uns Mitgliedern das Bestreben vorherrschend ist, wesentliche Änderungen zu vermeiden, so möchte ich doch auf eine Ungleichheit hinweisen, die im Interesse der Kolleginnen wohl geändert werden könnte. Ich meine hierbei die Zeitdauer für die Krankenunterstützung in der Pflichtbeitragsklasse für die Kolleginnen. Der Unterschied gegenüber der Pflichtbeitragsklasse für die männlichen Mitglieder ist zu groß, und deshalb möchte ich anregen, auch in der 3. Beitragsklasse die Höchstdauer der Leistungen von 8 auf 10 Wochen erhöhen.

Der gleiche Unterschied findet sich in derselben Beitragsklasse bei der Arbeitslosenunterstützung, jedoch finde ich dieses nicht so schwerwiegend wie bei der Krankenunterstützung. Allerdings erwachsen hierdurch der Zentralkasse auch wieder Ausgaben, für die anderweitige Deckung zu suchen ist ohne weitere Erhöhung der Beiträge. Unser Bestreben muß sein, ohne Belastung der Mitglieder der Zentralkasse noch ein Mehr zuzufügen.

Dieses soll durch die geplante Abschaffung der Arbeiterinnenorgane erreicht werden. Ich nehme an, daß auch unsere Kolleginnen diesem zustimmen und im Interesse des Verbandes auf ein vielleicht lieb gewonnenes Organ verzichten. Ein Teil des durch die Abschaffung der Arbeiterinnenorgane erzielten Ertrages würde dann aber für die Krankenunterstützung der III. Beitragsklasse verwendet und somit der Zentralkasse entzogen werden. Um aber den vollen Betrag der Zentralkasse überweisen zu können, müßte auch für den fehlenden Betrag Ersatz und Deckung gesucht werden, ohne Belastung der Mitglieder. Diese Deckung wäre zu finden, wenn unsere Generalversammlung statt alle 2 Jahre, alle drei Jahre stattfinden würde. Nach oberflächlicher Schätzung erfordert eine Generalversammlung alles in allem einen Kostenaufwand bis zu 20.000 Mark. Das ist doch sehr viel Geld. Da wäre es m. E. ratsam zu prüfen, ob nicht die Generalversammlung in Zukunft alle drei Jahre stattfinden könnte. Meiner Ansicht nach würden sich einer solchen Verlängerung keine Schwierigkeiten entgegenstellen. Die Generalversammlung nähme dann statt den zweijährigen einen dreijährigen Bericht entgegen.

Es ließe sich vielleicht die Einwendung machen, daß durch eine Generalversammlung viele Anregung gegeben, neues Leben und neue Begeisterung unter die Mitglieder getragen werden. Dieses trifft unstrittig zu, behält aber auch seine

Wirkung bei einer dreijährigen Folge. Ich würde es wenigstens für sonderbar halten, wenn bei einer dreijährigen Folge die Begeisterung und das Interesse nach Ablauf des zweiten Jahres deshalb erlahmen würde, weil die Generalversammlung erst im dritten Jahre stattfinden würde. Wir finden dieses auch heute schon, daß zeitweise die Agitation und das Interesse für den Verband etwas abflaut. Aber dann ist es Sache des Zentralvorstandes, Mittel und Wege ausfindig zu machen, die geeignet sind, das Interesse für die Organisation wieder zu wecken. Andererseits bietet eine Verlängerung von 2 auf 3 Jahre schon in der Kostenersparnis einen großen Vorteil. Dann kommen noch hinzu die vielen Arbeiten, wie Mitgliederstatistik, Vorarbeiten für die Generalversammlungen usw. in den Ortsgruppen und in bedeutend größerem Maßstabe für die Zentrale selbst. Das ganze Sommerhalbjahr wird mehr oder minder nur den Vorarbeiten für die Generalversammlung gewidmet, so daß in dieser Zeit für andere Arbeiten wenig oder doch nicht genügend Zeit bleibt.

Außerdem bringen auch die Vorarbeiten für die Generalversammlung mehrfach Unstimmigkeiten in den Ortsgruppen mit sich, ebenso zuweilen auch die Generalversammlungen selbst. Steht z. B. eine Beitragserhöhung in Aussicht, so beginnt auch gleich mit dem Bekanntwerden die Erörterung über das Für und Wider der Erhöhung. Daß in solchen Situationen blutwenig für die Agitation geschehen kann, liegt klar auf der Hand. Anscheinend bleibt uns in diesem Jahre eine solche Situation erspart, ob dieses jedoch auch für das Jahr 1916 zutrifft, wer kann's wissen.

Wenn die diesjährige Generalversammlung bestimmen würde, — nach Durchsicht des Protokolls über die letzte Generalversammlung war damals bereits ein diesbl. Antrag gestellt — daß in Zukunft nur alle drei Jahre eine Generalversammlung stattfinden würde, dann hätten wir zum mindesten noch drei volle Jahre, in denen wir von wesentlichen Neuerungen verschont blieben. In dieser Zeit könnten dann alle Kräfte für die weitere Entwicklung und Ausbreitung nach Außen und für die innere Erklarung angespannt werden. Es wird dann Zeit, die Mitglieder so zu schulen und zu festigen, daß später notwendige werdende Änderungen keine Veranlassung zum Austritt oder zur Entmutigung, sondern allgemein als eine dringende Notwendigkeit empfunden würden.

Franz Kaiser in A.

Lohnbewegungen und Arbeitsstreitigkeiten.

Einigungsverhandlungen in der Lausitz!

Die Aussperrung in der Tuchindustrie der Niederlausitz ist zur Tatsache geworden. Rund 30000 Arbeiter und Arbeiterinnen sind ausgesperrt worden; davon gehören angeblich 8—9000 dem „deutschen“, rund 3000 dem Hirsch-Dunderschen und mehrere Hundert unserem Verbande an.

Der Vorsitzende des Berliner Gewerbegerichts, Magistratsrat Schulz, hat Einigungsverhandlungen angebahnt, die im Laufe dieser Woche stattfinden werden. Hoffentlich zeitigen sie für die Arbeiter ein gutes Ergebnis.

Dedt.

Erfolgreiche Lohnbewegung. Bei der Firma Girmes in Dedt war es bisher Brauch, daß die Samstherer in Alfordlohn beschäftigt wurden. Im Februar d. J. versuchte die Firma, das Alfordlohnsystem abzuschaffen und Tagelohn einzuführen. An Stelle des Tagelohnes wünschten die Arbeiter einen festen Wochenlohn. Da eine Verständigung über diesen Punkt damals nicht erzielt wurde, blieb das Alfordlohnsystem weiter bestehen. Mitte Mai trat die Firma erneut an die Arbeiter heran und teilte denselben mit, daß von jetzt ab nur noch Tagelohn bezahlt würde. Auch jetzt lehnten die Arbeiter das Ansinnen der Firma ab und verlangten einen Wochenlohn nach Altersklassen, über dessen Höhe man sich verständigt hatte. Durch Verhandlungen der Verbandsvertreter mit zwei Vertretern der Firma kam es zu einer Verständigung. Sämtliche Arbeiter bekommen jetzt Wochenlohn. Der Höchstlohn für Arbeiter über 24 Jahre beträgt 26 M.

Aus unseren Bezirken.

Rechtsauskunftsstellen in der sächsischen Oberlausitz.

Wer praktisch im Arbeiterleben tätig ist und sich mehrfach mit Fragen aus der Arbeiterversicherung befaßt, kann vielfach die Erfahrung machen, daß den Versicherten noch viele Vorteile der Sozialversicherung verloren gehen. Dieses ist größtenteils auf Unkenntnis wie auch auf die Hilflosigkeit der Versicherten bei Rechts- und Streitfragen aus dem Gebiete der Arbeiterversicherung zurückzuführen. Die hiesige christlich-nationale Arbeiterschaft hatte bis vor kurzer Zeit noch keine Gelegenheit, sich auf diesem Gebiete zu schulen. Die konfessionellen Vereine hatten sich mit diesen Fragen so gut wie garnicht befaßt. Die christlichen Gewerkschaften fanden noch in den Kinderschuhen. Sie mußten zuerst ihre Agitations- und Organisationsfragen lösen.

Seit Ende des Jahres 1912 wurde unsererseits in dieser Beziehung planmäßig gearbeitet. In verschiedenen Orten, wie Ostroh, Seitendorf, Philippsthal und Leutersdorf wurden Unterrichtskurse abgehalten. Die Teilnehmerzahl war überall zufriedenstellend. In allen Orten wurde die Reichsversicherungsordnung behandelt. Die Vorträge hielt Kollege Bicker-Bittau. Durch diese Vorträge war es jedoch nicht möglich, die Arbeiterschaft in die Details der Sozialversicherung einzuführen. Um nun den auf christlich-nationalem Boden stehenden Versicherten Gelegenheit zu geben, sich jederzeit unentgeltlich in diesen Fragen Rat und Auskunft zu holen, Arbeiter-

sekretariate und Volksbüros hier jedoch nicht bestehen, mußte auf die Errichtung von Rechtsauskunftsstellen hingearbeitet werden.

Alles Gute bricht sich Bahn, so auch hier. Die erste Anregung dazu gab Kollege Bicker auf einer im Frühjahr v. J. in Ostroh von uns befreundeten Korporation einberufenen Konferenz. Zu derselben waren auch die Vorstände und Vertrauensmänner der christlichen Gewerkschaften der dortigen Ortsgruppen eingeladen. Nach einem diesbezüglichen Vortrag wurde im Prinzip beschlossen, baldmöglichst in allen Orten und, wo es die örtlichen Verhältnisse gestatten, gemeinsam mit den christlichen Gewerkschaften Rechtsauskunftsstellen zu errichten. In den einzelnen Orten wurde nun emsig an der Errichtung dieses Zieltes gearbeitet. Bis jetzt konnten bereits in Ostroh, Philippsthal, Großschönau und Leutersdorf solche Rechtsauskunftsstellen errichtet werden. In Schirgiswalde sind die Vorarbeiten im Gange. Die Zukunft wird es befähigen, daß wir hierdurch eine segensreiche Einrichtung für die Arbeiterschaft getroffen haben. Hoffentlich werden unsere Kollegen diese Arbeit zu würdigen wissen, indem sie in Zukunft mit neuem Eifer für unsere Bewegung tätig sind.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Nachen. Erfahrungen aus der Arbeiterinnenagitation. Wer wird es wohl leugnen wollen, daß die Agitation unter den Arbeiterinnen oft eine schwierige Sache ist. Unter den Arbeiterinnen finden wir nicht viel Standesbewußtsein. Das Solidaritätsgefühl läßt viel zu wünschen übrig, und dann spielt das liebe Geld eine große Rolle. Man will sparen und weiß nicht wie und wo. Dann ist der Beitrag „viel zu hoch“. Man kann das angeblich nicht zahlen, weil man nicht weiß, wofür man es zahlt, oder besser gesagt, man schätzt die Organisation nicht in der richtigen Weise ein. Es ist auch nicht angängig, zu behaupten, die Arbeiterin sei nicht aufgeklärt worden, darum sei sie nicht für den Verband zu haben. Aufklärung ist viel geleistet worden, und wer heute noch nicht aufgeklärt ist, der läuft einfach mit blinden Augen und tauben Ohren durch die Welt. Ich will nun einige Erfahrungen aus meiner Agitationspraxis mitteilen. Wir gehen mutig drauf los und kommen in ein sehr ärmliches Haus. Es sind dort noch viele jüngere Kinder. Die Tochter als ältestes Kind mußte schon gleich nach der Schulentlassung in die Fabrik hinein, um für die jüngeren Geschwister mit zu sorgen. Der Vater hat schon frühzeitig durch eine schwere Krankheit sterben und aus der Familie scheiden müssen. Die Mutter hat für die Kinder tüchtig arbeiten müssen. Aber jetzt kann die Tochter ihr schon helfen, und sie kommt in die Reihen der Fabrikarbeiterinnen. Hier heißt es nun, mit den Leuten überlegen und Schwierigkeiten überwinden. Es fällt diesen sehr schwer, von dem fernen Lohn noch etwas abzugeben. Die Mutter meint, die Tochter wäre auch noch zu jung, um in den Verband einzutreten. Alle diese Einwände können aber widerlegt und bei einigem guten Willen kann auch der Verbandsbeitrag noch gezahlt werden. Trotz allem hin und her können wir nicht ansprechen, weil die Mutter nicht entschlossen ist. Sie will es noch einmal überlegen. Wir müssen also noch einmal nachsprechen, und dann hat sie sich eine Reihe Vorwände zusammengelesen. Wir sagen uns aber immer wieder, diese Schwierigkeiten sind da, um überwunden zu werden und kämpfen so lange es eben geht, um nur den Sieg davon zu tragen. Das liebe Geld spielt immer die Rolle, besonders bei den Frauen, und das kann man auch verstehen.

Wir gehen jetzt zu einer anderen Kollegin, Vater und Mutter sind noch beide da. Sie sind aber nicht für die Gewerkschaft zu haben. Der Vater hat den Vorwand, er habe niemals einen Verband notwendig gefunden, und die Mutter fällt ganz barsch herein: Meine Tochter kann ja beitreten, mich geht's nichts an. Schlag die Tür hinter sich zu, und wir standen für uns allein da. Also auch hier erstens kein Verständnis und zweitens das Geld. Bei der dritten und vierten kommen wir an diesem Tage auch nicht gut an. Es blieb hier zuerst, der Verband tut ja doch nichts für seine Mitglieder, warum sollen wir uns dann noch anschließen, das wäre ja das Geld weggeworfen. Als wir denen Beweise brachten, was der Verband schon alles für die Arbeiter geschafft habe, gab man uns die Antwort, daß man nicht über die Löhne zu klagen brauche, es hätte keinen Zweck für sie. Gut, daß ihr über die Löhne nicht zu klagen habt, es werden aber wohl doch andere Missetände vorhanden sein, und ihr werdet doch wohl behreht sein, diese aus dem Wege zu schaffen. Ja, die Behandlung ist nicht mehr menschlich, da müßte etwas getan werden. Man konnte aber nicht einsehen, daß gerade sie sich dafür dem Verbands anschließen sollte. Dafür 25 Pfg. jede Woche bezahlen, o nein, das gibt es nicht. Und dann, wenn unser Prinzipal das vernehmen würde, dann würden wir gleich weggeschickt. Also auch eine heillose Angst besitzen die Arbeiterinnen. Alles Widerlegen, Zureden und Aufklären half nichts. Wir mußten eine Besenzeit geben.

Wir sehen, in der Agitation wachsen die Schwierigkeiten wie Berge vor unseren Augen empor, und da ist es die Hauptsache, daß wir auf solchen Reisen mit Klugheit, aber auch mit Ausdauer ausgestattet sind. Wir haben auch erfahren, wie es mit der Arbeiterinnenagitation in den Belegschaftsversammlungen zugeht. In der ersten Versammlung sind alle Arbeiterinnen des Betriebes anwesend. Der Grund war der, daß man ihnen einen ganz beträchtlichen Lohnabzug gemacht hatte. Alle sehen ein, daß man sich hier wehren muß und darum schließen sich auch alle dem Verbands an. Der Lohnabzug wurde auch abgemehrt und noch manches dazu herausgeholt. Wir können es verstehen, daß diese Arbeiterinnen für uns sind und bei uns bleiben. Aber man kann doch nicht verstehen, daß Eltern ihre Kinder zwingen, wieder auszutreten. Ja, daß sogar Eltern soweit gehen und ihre Töchter, welche zu der Einheit gekommen, sich zu organisieren, sich lagern. Alles läßt man seinen Töchtern zu, aber nicht die Zugehörigkeit zum Verbands. Selbst großjährige Kinder, welche man nicht bestrafen, wenn sie sich gegenüber dem elterlichen Hause wirklich etwas zu schulden kommen lassen, bestrafen man, wenn sie sich dem Verbands anschließen. Das tun die Eltern, weil sie selbst verbohrene Gegner unserer Bewegung sind und aus, weiß Gott, welchen anderen Gründen noch.

In einer Belegschaftsversammlung lassen sich auch einige junge Arbeiterinnen aufnehmen. Eine kam jedoch am nächsten Tage, sich wieder abzumelden, weil ihr Vater gesagt hatte, sie sei noch zu jung, sie solle einige Jahre warten. Er selbst war Mitglied, aber seine 18jährige Tochter war „noch

zu jung". Ob hier auch nicht wieder das Geld ausschlaggebend war! Ja, wären die Väter einmal so weit und würden dazu beitragen, daß ihre erwerbsfähigen Kinder sich organisieren wie sie, dann wären wir ein schönes Stück weiter in der Agitation.

Wir sehen aus den Erfahrungen, wie schwer die Agitation unter den Arbeiterinnen in und wie viele Hemmnisse und entgegengehaltene werden von Seiten der Arbeiterinnen selber und von Seiten ihrer Eltern. Darum heißt es, den Mut nicht verlieren und, was noch besser ist, sich schulen, damit man immer schlagfertig ist gegen alle Einwände. Unsere Kolleginnen müßten aber auch Anerkennung und Hilfe bei den männlichen Verbandsmitgliedern finden.

Seidenheim. Einen wohlgeleiteten Ausflug unternahm unsere Ortsgruppe mit dem hiesigen Kartell am Sonntag, den 19. Juli, nach Obermaßlingen, wo sich unter den Klängen der Musik recht bald ein fröhliches Leben entwickelte. Unser Bezirksleiter Kammerer aus Stuttgart hielt eine dem Charakter der Versammlung entsprechende Rede, aus welcher folgendes wiedergegeben sei: In Deutschland können wir auf eine dreißigjährige Arbeiter-Versicherung zurückblicken, fast ebenso alt sind die ersten Anfänge des gesetzlichen Arbeiterschutzes. In diesem Zeitraum ist die Einwohnerzahl von 45 auf 66 Millionen gestiegen, die Sterberate ist von 29 auf 17 v. L. gefallen, die Lebensdauer der Bevölkerung ist um 4 bis 5 Jahre gestiegen und die Auswanderung von 200 000 auf 20 000 Personen pro Jahr zurückgegangen. Deutschland ist heute ein Einwanderungsland, in welchem eine Million ausländischer Arbeiter ihr Brot suchen.

Wo früher die Rekrutierung infolge Degeneration des Volkes für die Heeresverwaltung mit der größten Schwierigkeit verbunden war, haben wir heute trotz Heeresvermehrung von 60 000 Menschen einen Ueberfluß von 88 000 Militärtauglichen. Das ist ein gewaltiger Zuwachs an Kraft und Leistungsfähigkeit des deutschen Volkes, der nicht zuletzt auf die Sozialpolitik zurückzuführen ist. Trotz alledem wird heute mehr denn je die Sozialpolitik aus egoistischen Motiven bekämpft. Diesem Ansturm gegenüber müssen die nationalen Arbeiterorganisationen die Forderung der Fortführung der Sozialreform umso kräftiger erheben, ihre Organisationen ausbauen und denselben neue Mitglieder zuführen. Redner schloß seine Ausführungen mit einem Hoch auf die christlich-nationale Arbeiterbewegung. Kartellvorsitzender Fint aus Ulm überbrachte die Grüße des christlichen Gewerkschaftskartells von Ulm und Umgebung und forderte auf zu fleißiger Mitarbeit. Nachdem unser Vorsitzender Altman den Rednern sowohl wie der Musikkapelle und allen Anwesenden für ihre Mitwirkung den herzlichsten Dank ausgesprochen hatte, wurde mit einem schneidigen Marsch der Heimweg angetreten.

Näge nun dieser wohlbelagerten Ausflug, welchen sich auch viele Nichtorganisierte angeschlossen hatten, dazu beitragen, daß auch diese sich recht bald unseren Reihen anschließen. Wir wünschen aber auch, daß unsern Kollegen dieser Ausflug noch recht lange in Erinnerung bleiben möge und sie stets treu und fest zu unserer Sache stehen.

Säckingen a. Rh. Mit der Frage des Tarifwesens befaßt sich die Seidenbandweber und Weberinnen schon seit einiger Zeit. Um die gesamte Arbeiterschaft über diese Frage aufzuklären schrieb Kollege Kiefer-Säckingen zwei Flugblätter, die sich eingehend mit dieser Angelegenheit befaßten. Die Seidenbandfabriken am hiesigen Orte und die der Umgebung wollen aber von dem Tarifwesen nichts wissen. Man setzt aber solchen Bestrebungen den größten Widerstand entgegen. Die Arbeiter bringen diesem ablehnenden Verhalten der Fabrikanten berechtigtes Mißtrauen entgegen.

Wenn doch die Fabrikanten ehrlich gemitt sind, ihren Arbeitern Löhne von Dauer zu bezahlen, so brauchen sie sich doch gegen das Abschließen von Tarifverträgen nicht so energig zu wehren. Die Seidenbandfabrikannten haben in Deutschland eine Preiskonvention abgeschlossen dahingehend, daß die in Deutschland auf den Markt gebrachten Seidenbänder unter einem festgesetzten Einheitspreis nicht abgesetzt werden dürfen. Auch haben sie mit Einführung dieser Preis-konvention die Preise der Seidenbänder wiederholt um mehrere Prozent erhöht.

Wie sieht es aber mit den Löhnen der Arbeiter aus. Diese wurden in den letzten Jahren teilweise erniedrigt. Mit technischen Erneuerungen kommt man im Betrieb, doch die Arbeiter dürfen daran keinen Vorteil haben. Da ist gerade das Zweifelhafte, das für die Arbeiterschaft wenig Vorteile bringt. Im Gegenteil, kann oder will ein Arbeiter nicht auf zwei Stühlen arbeiten, so sagt man ihm sogleich, er soll die Löhne von draußen zumachen. Erst kürzlich kam so ein Fall bei der Gesellschaft für Bandfabrikation hier vor. Ein in den 50er Jahren stehender Bandweber erklärte dem Direktor, daß es ihm infolge der Beeinträchtigung seiner Gesundheit nicht mehr möglich sei, auf zwei Stühlen zu arbeiten. Kurz und entschieden wurde ihm daraufhin erklärt, wenn er das nicht mehr könne, so soll er die Kündigung einreichen. Dabei arbeitet der Mann schon 10 Jahre in diesem Betriebe. Solche Fälle lassen die Vermutung aufkommen, daß der Arbeiter, solange er gesund und kräftig ist, ausgenutzt wird, ist er aber etwas älter geworden und kann den modernen Forderungen nicht mehr in vollem Umfang gerecht werden, dann ist er überflüssig. Solche Fälle zeigen aber der Arbeiterschaft mit klarer Deutlichkeit, welche Wege sie gehen muß, um sie zu verhindern. Diese Firma hat auch seit längerer Zeit einen Arbeiterausschuß eingeführt. Doch handelt sie auch da nicht immer, wie es das Statut vorschreibt. Statt mit dem Ausschuss insgesamt zu verhandeln, wird sehr oft mit jedem einzelnen unterhandelt in der Form, daß der Herr Direktor jeden bei der Arbeit aussucht und mit ihm die Angelegenheiten bespricht, auf diese Art weiß dann keiner, was der andere gesagt hat und kann dadurch nie so wie es eigentlich sein sollte zu den einzelnen Fragen Stellung nehmen.

Die Gesamtarbeiterschaft muß in dieser Hinsicht entschiedener vorgehen. Zunächst sollen alle die, die unserer Organisation noch fern stehen, sich derselben anschließen, oder hat die Arbeiterschaft vergessen, was sie 1907 durch die Organisation errungen hat! Es waren schöne Erfolge, sie waren aber nur durch die Einigkeit der Organisation möglich, heute kann dasselbe errungen werden, aber die Einigkeit der Arbeiter darf nicht fehlen.

Volkswirtschaftliches und Soziales.

Soziale Wahlen in Württemberg. Die Beiführer haben durchweg mit einem erfreulichen Erfolg der christlich-nationalen Arbeiterbewegung beendet. Sie hat,

soweit die Resultate vorliegen, in ganzen 170 Beiführer durchgebracht gegenüber 153 sozialdemokratischen Vertretern. Auf die einzelnen Bezirke, für die ein Versicherungskartell errichtet wurde, entfallen auf die beiden Richtungen Vertreter:

Stuttgart	3	Christl.-nationale	9	Sozialdemol.
Schw.-Gemeind	4	"	2	"
Crailsheim	1	"	5	"
Göppingen	3	"	3	"
Gannstatt	2	"	4	"
Ulm	4	"	2	"
Rottweil	4	"	2	"
Ravensburg	6	"	0	"
Hiberach	6	"	0	"
Tettmang	6	"	0	"
Weislingen a. St.	3	"	3	"
Oberndorf	5	"	1	"
Urach	1	"	5	"
Höblingen	3	"	3	"
Kirchheim	1	"	5	"
Laupheim	5	"	1	"
Crailsheim	1	"	5	"
Nedersulm	3	"	3	"
Heilbronn	1	"	5	"
Rottenburg	5	"	1	"
Wahlringen	1	"	5	"
Heutlingen	2	"	4	"
Ludwigsburg	1	"	5	"
Alten	4	"	2	"
Balingen	1	"	5	"
Märtlingen	1	"	5	"
Heidenheim	2	"	5	"
Tübingen	1	"	4	"
Tuttlingen	1	"	3	"

auf 2 Sonderlisten je 1 Vertreter. Für die Versicherungskartelle in den Bezirken Leutkirch, Horb, Ehingen, Waldsee, Saulgau, Niedlingen, Spaichingen, Ellwangen, Herresheim und Wangen i. N. wurden die vorgeschlagenen Kandidaten der christlich-nationalen Richtung ohne Gegen-vorschläge als gewählt erklärt.

Schiffahrt auf dem Oberrhein. Für unsere gesamte Volkswirtschaft, im besonderen aber für unser badisches Land und sein Erwerbsleben, ist die geplante Schiffbarmachung des Oberrheins von der allergrößten Bedeutung. Nicht nur in Deutschland, sondern auch in der Schweiz begegnet der Plan in maßgebenden Kreisen lebhaftes Interesse. Im Schweizer Nationalrat begrüßte bei der Beratung des Geschäftsberichts der Berichterstatter des Ausschusses die Bestrebungen für den Ausbau der Wasserstraße von Straßburg bis Basel und an den Bodensee. Für Basel und die gesamte Schweiz sei es erwünscht, sowohl eine Großschiffahrt auf dem Rhein als auch einen Anschluß an den hünninger Kanal und das damit verbundene deutsche und französische Kanalnetz zu erhalten. Auch der Vertreter der Regierung, Bundesrat Gallander, den man als Freund dieser Bestrebungen kennt, wies auf die Bedeutung der Rheinschiffahrt für die Schweiz hin. Die schweizerische Regierung werde dem Ausbau der Rheinschiffahrt alle Aufmerksamkeit zuwenden. Ein Bericht des Departements darüber würde dem Bundesrat nächstens zugehen. Namentlich die Rheinschiffahrt auf der Strecke Straßburg-Basel sei für die Schweiz von allergrößter Bedeutung. Die Eidgenossenschaft werde die Pflicht haben, sich im Rahmen ihrer Kräfte auch finanziell an der Lösung dieser Frage zu beteiligen. In der weiteren Erörterung wünschte der Baseler Regierungsrat Bullschleger, daß besonders die Herstellung der Hafenanlagen in Hünningen von den beteiligten Regierungen möglichst gefördert werde. Von der Stellungnahme des badischen Landtags sprachen die verschiedenen Redner laut „Röln. Stg.“ mit Genugtuung.

Eine wesentliche Förderung des großen Projektes bedeutet das Vorgehen der badischen Regierung. Sie legte dem Landtage eine Nachtragsforderung in der Höhe von 40 000 M. vor zwecks Ausarbeitung eines Projektes. Ebenso hat sie angeordnet, daß im nächsten Frühjahr Baggerungen des Rheinbettes auf der Strecke Straßburg-Basel vorgenommen werden sollen, und zwar auf alleinige Kosten der badischen Staatskasse, nachdem Elsaß-Votbringen nicht mitmachen will.

Damit würden dem jetzigen Schiffsverkehr erhebliche Erleichterungen geschaffen. Das Wiesental ist an diesen Fragen erheblich interessiert.

Juristischer Briefkasten.

Alle Anfragen sind an die Redaktion der Textilarbeiter-Zeitung zu richten. Die Antwort erfolgt in der Regel nach 14 Tagen.

Aufwandsentschädigung. Deine Anfrage ist recht unklar. Selbstverständlich kannst du bezw. deine Familie für militärische Übungen eine Entschädigung bezw. eine Unterstützung beanspruchen. Deiner Familie steht für die Dauer deiner militärischen Übung eine Unterstützung zu. Hast du aber die Aufwandsentschädigung im Auge, die für soldatenreiche Familien gewährt wird, so ist deine Anfrage zu verneinen. Erneure sie aber einmal und zwar klarer und ausführlicher.

Versammlungskalender.

- Boisheim. 2. August, 11 Uhr, bei Heinrich Heesen, Burgwalduel. 16. August, gleich nach dem Hochamt, im Lokale von Jakob Klüfer (oben), Quartalsversammlung.
- Grefrath. 2. August, 11 Uhr, bei W. R. Gammes.
- Greiz (Wooland). 1. August, 1/9 Uhr in Gollas Lokal, hohe Gasse.
- Hein. v. August, 1/11 Uhr, bei Magd. Bösch (oben).
- Hinsbeck. 2. August, 10 1/2 Uhr, bei Ww. Pagnen, Generalversammlung.
- Kohlscheid. 9. August, 11 Uhr, nach dem Hochamt im Lokale Leo Engels.
- Kieckert. 2. August, 11 1/2 Uhr, im Lokale Joh. Eytmanns.

Die gemeinnützige Volksversicherung

des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften schließt Versicherung bis zur Höhe von 1500 M. ab. 14 tägige Beitragszahlung in Höhe von 20 bis 500 Pf. Freiwillige Zulagebeiträge zur Erhöhung der Versicherungssumme. Vier Tarife: a) Sterbegeldversicherung mit abgekürzter Prämienzahlungsdauer. b) Versicherung auf Todes- und Lebensfall. c) Fälligkeit der Versicherungsumme beim Tode, spätestens beim Ablauf der vereinbarten Versicherungsdauer. d) Versorgungsversicherung. Fälligkeit der Versicherungssumme nach Ablauf der vereinbarten Versicherungsdauer. Die Beitragszahlung endet mit dem Tode des Versorgers, spätestens mit der Fälligkeit der Versicherungssumme. e) Kinderversicherung für Kinder im Alter bis zu 14 Jahren. Fälligkeit der Versicherungssumme beim Tode des Kindes, spätestens nach Ablauf der vereinbarten Versicherungsdauer. Teilweise Auszahlung der Versicherungssumme vor Fälligkeit derselben bei Kommunion, Konfirmation, Schulentlassung u. Günstige Bedingungen: Keine ärztliche Untersuchung. Zweimonatige Zahlungsfrist. Größtes Entgegenkommen bei Behinderung der Beitragsleistung. Unverfallbarkeit. Wiederaufnahme der Beitragsleistung eventl. auch ohne Nachzahlung. Einfluß der Kriegsgefahr (nach fünf Jahren ganz, vorher zu bestimmtem, steigendem Prozentsatz). — Die gemeinnützige Volksversicherung D. V. A. G. steht unter ständiger Kontrolle eines Reichskommissars. Mindestens 80% des Gewinns fließt den Versicherten wieder zu. Die Dividende der Aktionäre darf jagungsgemäß 4% nicht übersteigen. — Auskunft erteilen bereitwillig die Vertrauensleute des Verbandes. Von ihnen erbitte man auch die Prospekte und Aufklärungsschriften.

Literarisches.

Handbuch der gesamten Textilindustrie. Verlag: Dr. Max Jänede, Leipzig, Hospitalstr. 18. Inhaltsverzeichnis: 1. Band: Die Materialien der Textilindustrie. Von Professor R. Fiedler, Abteilungsleiter an der Preuß. Höheren Fachschule für Textilindustrie in Barmen. Einzelpreis geb. M. 3,80. 2. Band: Die Weberei. Von Professor Ernst Gräbner, Direktor der Höh. Webeschule u. Webereifachschule zu Chemnitz. Mit 704 Abb. Einzelpreis geb. M. 7,50. 3. Band: Die Bandweberei, Bandwirker. Von Otto Both, Fachlehrer an der Preussischen Höheren Fachschule für Textilindustrie zu Barmen. Erster Teil: Die Bindungen, Patronen und Musterung. Zweite Auflage. Mit 314 Abbildungen und 10 Mustertafeln. Einzelpreis geb. M. 4,80. Zweiter Teil: Der Bandstuhl und die sonstigen Maschinen für die Bandweberei. — Fachliches Rechnen. — Die Garne. — Die Kalkulation. Mit 104 Abbildungen. Einzelpreis geb. M. 5,40. 4. Band: Wollerei und Streicherei. Von Josef Born, Direktor der Wollerei zu Chemnitz. Mit 205 Abbildungen. Einzelpreis geb. M. 5,20. 5. Band: Färberei und Mercerisation. Von Dr. W. Jänker, Barmen. Mit 77 Abbildungen. Einzelpreis geb. M. 5,20. 6. Band: Die Ausrüstung der Stoffe aus Pflanzenfasern. Von Professor Friedrich Brenger, Direktor an der Höheren Fachschule für Textilindustrie in M.-Gladbach. Mit 67 Abbildungen. Einzelpreis geb. M. 3,50. 7. Band: Die Appretur der Woll- und Halbwollwaren. Von E. Mundorf, Vorstand der Spinnerei- und Appretur-Abteilung der Preussischen Höheren Fachschule für Textilindustrie in Wachen, früherer Fabrikdirektor. Mit 50 Abbildungen. Einzelpreis geb. M. 2,80. 8. Band: Die Appretur der Seiden-, Halbscheiden- und Samtgewebe. Von Walther Kneipfer, Krefeld. Mit 24 Abbildungen. Einzelpreis geb. M. 1,80. 9. Band: Die Appretur der Bänder und Lizen. Von Professor R. Fiedler, Abteilungsleiter an der Preuß. Höh. Fachschule für Textilindustrie in Barmen. Mit 58 Abbildungen. Einzelpreis geb. M. 1,80. Alle 9 Bände mit 1586 Abbildungen, 1714 Seiten in 3 Ganzleinenbänden geschmackvoll gebunden, kosten 36 M., in monatlichen Ratenzahlungen à 3 M. Durch die Textilarbeiter-Zeitung zu beziehen.

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Gemeinden und Wohnungswesen. — Vom Leben und Leiden der Arbeiterfrauen. — Die gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen in Deutschland. — Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der bayrischen Textilindustrie. — Lebensverhältnisse der Aachener Kopreturarbeiter. — Feuilleton: Gebende Hände. — Allgemeine Mundschau: Ein dreier Schwindel. — Unsere bayerischen Bruderverbände. — Verbandstag der christlichen Holzarbeiter. — Gefahren für unsere Arbeiterinnen. — Raum glaubich! — Ein sonderbares Prämiensystem. — Alles in Ordnung. — Arbeiter und Republik. — Pfändungsfreie Geldforderungen. — Die Fraktion der Ohnmacht. — Natürliche Farbstoffe. — Aus unserer Industrie: Aus der deutschen Kattunindustrie. — Einverlebung des Betriebes in internationalen Baumwoll-Großgewerbe. — Keine Spekulation in amerikanischer Baumwolle mehr. — Die Lausitzer Textilindustrie. — Das Scheren von Leinwand- und Jutegebeten. — Aus dem Verbandsgebirge: Arbeitslosen-Versicherung. — Röhling-Projekt. — Stimmen zur Verbandsgeneralversammlung. — Lohnverhandlungen und Arbeitsfreistellungen: Einigungs-verhandlungen in der Lausitz! — Dedi. — Aus unseren Bezirken: Rechtsauskunftsstellen in der sächsischen Oberlausitz. — Berichte aus den Ortsgruppen: Wachen, Heidenheim. — Säckingen. — Volkswirtschaftliches und Soziales: Soziale Wahlen in Württemberg. — Schiffahrt auf dem Oberrhein. — Juristischer Briefkasten. — Versammlungskalender. — Die gemeinnützige Volksversicherung. — Literarisches.